



Working Paper

# Correct Voting in Deutschland

Eine Analyse der Qualität individueller  
Wahlentscheidungen bei der  
Bundestagswahl 2009

Patrick Kraft

Patrick Kraft

## Correct Voting in Deutschland

Eine Analyse der Qualität individueller  
Wahlentscheidungen bei der  
Bundestagswahl 2009

Arbeitspapiere – Working Papers

Nr. 148, 2012

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

**Kraft, Patrick:**

Correct Voting in Deutschland: Eine Analyse der Qualität individueller  
Wahlentscheidungen bei der Bundestagswahl 2009 / Patrick Kraft. –  
Mannheim: 2012  
(Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung; 148)  
ISSN 1437-8574

Not available in book shops.

Token fee: € 3,00

Purchase: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)

D – 68131 Mannheim

[www.mzes.uni-mannheim.de](http://www.mzes.uni-mannheim.de)

**Editorial Note:**

**Patrick Kraft** ist wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I – Politische Soziologie der Universität Mannheim und Student im dortigen Masterprogramm Political Science. Seine Forschungsinteressen umfassen Politische Psychologie, Wahl- und Einstellungsforschung, sowie Fragen der Informationsverarbeitung und Entscheidungsstrategien in Wahlkampagnen.

Im Herbstsemester 2012 und Frühlingssemester 2013 ist Patrick Kraft im Rahmen des Fulbright-Programms Visiting Student im Graduate Program Political Science an der State University of New York at Stony Brook.

## Abstract

Richard R. Lau und David P. Redlawsk (1997, 2006) schlugen eine Konzeptualisierung „korrekter“ Wahlentscheidungen vor, welche auf der Frage beruht, inwiefern individuelle Wahlentscheidungen tatsächlich den Interessen der jeweiligen Wähler entsprechen. Das vorliegende Arbeitspapier beschreibt die von Lau und Redlawsk vorgeschlagene Konzeptualisierung „korrekter“ Wahlentscheidungen und überträgt den Ansatz auf Umfragedaten für die Bundestagswahl 2009. Neben einer ausführlichen Darstellung der bisher in diesem Bereich veröffentlichten Studien wird die Operationalisierung für den deutschen Kontext diskutiert. Dabei werden sowohl kontextspezifische als auch allgemeine theoretische Änderungen der Operationalisierung vorgeschlagen. Die modifizierte Konzeptualisierung wird mit den Vorwahl-Querschnittsdaten der German Longitudinal Election Study (GLES) zur Bundestagswahl 2009 validiert. Dabei wird geprüft, ob die wichtigsten Determinanten korrekter Wahlentscheidungen den theoretischen Vorhersagen des Modells entsprechen. Es zeigt sich, dass mit dem politischen Wissen und der Stärke der Parteiidentifikation, zwei der drei zentralen Einflussfaktoren zur Überprüfung der Konstruktvalidität die erwarteten positiven Zusammenhänge aufweisen. Die Ergebnisse deuten somit darauf hin, dass das Konzept bei einer Übertragung auf den deutschen Kontext durchaus vergleichbaren Mechanismen unterliegt. Während sich die Analysen von Lau und Redlawsk (2006) insbesondere auf die Wirkung verschiedener Informationsverarbeitungsstrategien und Heuristiken konzentrieren, liegt der Fokus dieser Arbeit somit auf der Übertragung und Anpassung der grundlegenden Konzeptualisierung des theoretischen Konstrukts korrekter Wahlentscheidungen. Zudem werden mögliche Probleme des Konzepts „korrekter“ Wahlentscheidungen diskutiert und mögliche weitere Forschungsansätze vorgeschlagen.

---

# Contents

---

1	Einleitung	7
2	Theoretischer Hintergrund und normative Relevanz	8
2.1	Politische Informiertheit	8
2.2	Informationsverarbeitung und Heuristiken	9
3	Das Konzept „Correct Voting“	11
3.1	Ursprüngliche Konzeptualisierung und erste Validierung	11
3.2	Determinanten von Correct Voting	14
4	Operationalisierung für den deutschen Kontext	17
4.1	Berücksichtigte Kategorien	18
4.2	Recodierung der einzelnen Items	21
4.3	Zusammenfassung der Items zu Gesamtbewertungen	23
4.4	Strategisches (Koalitions-)Wählen als korrekte Wahlentscheidung?	25
5	Empirische Analysen	26
5.1	Vergleich der Operationalisierungsmethoden und erste deskriptive Analysen	26
5.2	Determinanten korrekter Wahlentscheidungen	28
6	Fazit	32
7	Literaturverzeichnis	35

# 1 Einleitung

*„A popular Government, without popular information, or the means of acquiring it, is but a Prologue to a Farce or a Tragedy; or, perhaps both. Knowledge will forever govern ignorance: And a people who mean to be their own Governors, must arm themselves with the power which knowledge gives.“*  
(Madison 1822 [1910]: 103)

*„The verdict is stunningly, depressingly clear: most people know very little about politics.“*  
(Luskin 2002: 284)

James Madisons Aussage über die Notwendigkeit von politischem Wissen macht die hohen Ansprüche deutlich, die für das Funktionieren von Demokratien an die Bürger<sup>1</sup> gestellt werden. Im absoluten Gegensatz dazu kommt Luskin zu dem Ergebnis, dass Bürger diesen Anforderungen bei weitem nicht gerecht werden. Im Anbetracht dieser Diskrepanz muss die Frage gestellt werden, ob solche hohen Anforderungen überhaupt realistisch sind, und inwieweit sie tatsächlich eine notwendige Bedingung für Demokratien darstellen. Es wäre möglich, dass die Ansprüche bezüglich des politischen Wissens zu hoch angesetzt sind. Können Bürger eventuell trotz der Tatsache nicht perfekt informiert zu sein, ihre demokratischen Rechte in ihrem Sinne wahrnehmen? Konkreter gefragt: Welche Qualität haben die individuellen Wahlentscheidungen trotz des vorhandenen Informations- und Verarbeitungsdefizits?

Die vorliegende Arbeit setzt sich kritisch mit einem Ansatz auseinander, auf dessen Basis diese Fragen untersucht werden können. Richard R. Lau und David P. Redlawsk (1997, 2006) untersuchen, inwieweit Wahlentscheidungen unter Berücksichtigung des geringen Informationsniveaus der Bevölkerung und den beschränkten kognitiven Ressourcen tatsächlich den jeweiligen individuellen Interessen entsprechen. Auf Basis dieser Überlegung schlagen die Autoren (Lau/Redlawsk 1997) eine Konzeptualisierung korrekter Wahlentscheidungen vor. Dabei wird eine Wahl als korrekt angesehen, wenn sie der hypothetischen Entscheidung unter Berücksichtigung vollständiger Information entspricht.

Dieses Konzept korrekter Wahlentscheidungen wird in der vorliegenden Arbeit auf den deutschen Kontext übertragen. Dabei werden verschiedene Änderungen im Vergleich zur ursprünglichen Operationalisierung von Lau und Redlawsk (1997) vorgeschlagen. Neben theoretischen Erwägungen werden hierfür auch abweichende Operationalisierungen aus anderen Studien berücksichtigt. Die Änderungsvorschläge betreffen nicht nur die Übertragung des Konzepts auf den deutschen Kontext, sondern sind in einigen Punkten auch für die allgemeine Vorgehensweise gültig. Die modifizierte Konzeptualisierung wird mit den Vorwahl-Querschnittsdaten der German Longitudinal Election Study (GLES) zur Bundestagswahl 2009 validiert. Dabei wird geprüft, ob die wichtigsten Determinanten korrekter Wahlentscheidungen den theoretischen Vorhersagen des Modells entsprechen. Es zeigt sich, dass mit dem politischen Wissen und der Stärke der Parteiidentifikation, zwei der drei zentralen Einflussfaktoren zur Überprüfung der Konstruktvalidität die erwarteten positiven Zusammenhänge aufweisen. Während sich die Analysen von Lau und Redlawsk (2006) insbesondere auf die Wirkung verschiedener Informationsverarbeitungsstrategien und Heuristiken konzentrieren, liegt der Fokus dieser Arbeit somit auf der Übertragung und Anpassung der grundlegenden Konzeptualisierung des theoretischen Konstrukts korrekter Wahlentscheidungen.

Im nächsten Kapitel sollen zunächst die theoretischen Grundlagen und Hintergründe vorgestellt werden, in die das Konzept der korrekten Wahlentscheidungen eingebettet werden kann. Auf Basis dieses Literaturüberblicks wird im darauffolgenden Teil die erste Konzeptualisierung korrekter Wahlentscheidungen von

<sup>1</sup> Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden in dieser Arbeit Begriffe wie „Bürger“, „Respondent“ oder „Kandidat“ etc. in der maskulinen Schreibweise verwendet. Grundsätzlich beziehen sich diese Begriffe auf beide Geschlechter.

Lau und Redlawsk (1997) vorgestellt. Im anschließenden Kapitel werden die entsprechenden Änderungsvorschläge dargelegt. Im nächsten Teil der Arbeit erfolgt die Validierung für den deutschen Kontext. Im abschließenden Fazit werden die Ergebnisse zusammengefasst und kritisch diskutiert. Zudem werden mögliche folgende Forschungsansätze vorgestellt.

---

## 2 Theoretischer Hintergrund und normative Relevanz

In diesem Abschnitt sollen zunächst die theoretischen Grundlagen für das Konzept korrekter Wahlscheidungen erläutert werden. Dabei wird auf zwei zentrale Aspekte eingegangen. Der erste Abschnitt konzentriert sich auf die möglichen Konsequenzen des Informationsdefizits in demokratischen Gesellschaften. In diesem Sinne werden verschiedene Studien vorgestellt, die sich mit den Effekten unterschiedlicher Informationsniveaus innerhalb des Elektorats beschäftigen. Ungeachtet der Rolle des Informationsniveaus soll zudem geklärt werden, wie Wähler (politische) Informationen in Anbetracht begrenzter kognitiver Ressourcen verarbeiten können und welche Abweichungen von einer objektiven beziehungsweise rationalen Bewertung dabei entstehen können. In diesem Zusammenhang wird im zweiten Teil kurz auf die Folgen von Heuristiken im Entscheidungsprozess eingegangen.

---

### 2.1 Politische Informiertheit

Ein aus normativer Sicht notwendiges Kriterium für die Funktion demokratischer Entscheidungsmechanismen ist, dass die Bürger über ausreichende Kenntnisse im Bezug auf die verschiedenen politischen Themenfelder verfügen, um ihre Interessen im politischen Prozess vertreten zu können. Dieses Kriterium impliziert sehr hohe Anforderungen, die an die Bürger gestellt werden. Beispielsweise werden ein starkes politisches Interesse, die intensive Beschäftigung mit den jeweiligen Sachfragen und damit insgesamt ein hohes Informationsniveau der Wählerschaft als notwendig angesehen, damit die Bürger ihre tatsächlichen Interessen wahren können (vgl. etwa Lupia/McCubbins 1998).

Das Informationsniveau in modernen demokratischen Gesellschaften entspricht allerdings meist nicht diesem Ideal eines Bürgers, der sich über alle wichtigen politischen Sachfragen informiert und einen eigenen Standpunkt entwickelt. So attestieren beispielsweise Campbell et al. (1960) der amerikanischen Bevölkerung: „Many people know the existence of few if any of the major issues of policy“ (ebd.: 170). Darüber hinaus stellt beispielsweise Alvarez (1997) fest, dass den Wählern die Issuepositionen der Kandidaten teilweise nicht ausreichend bekannt sind. Auch Delli Carpini und Keeter (1996: 62-89) beobachten, dass amerikanische Bürger nicht über das gesamte Spektrum politischer Sachfragen informiert sind, sondern lediglich über Wissen in einzelnen Bereichen verfügen. Betrachtet man die Wirkung dieses Defizits an politischem Wissen, so stellen die Autoren fest, dass es mit einer geringeren Toleranz, geringerer Wahlbeteiligung und inkonsistenteren Einstellungen zu Sachfragen einhergeht (vgl. Delli Carpini/Keeter 1996: 218-238). Zudem sind Personen mit höherem politischem Wissen eher in der Lage, ihre tatsächlichen Interessen wahrzunehmen und zu vertreten (ebd.: 238-254).

Aus normativer demokratiethoretischer Sicht sind solche Befunde höchst problematisch, da Wahlen die Legitimationsgrundlage des politischen Systems und darüber hinaus den zentralen Mechanismus zur Formulierung und Aggregation gesellschaftlicher Interessen darstellen. Sollten Wähler sich nicht ausreichend informieren, beziehungsweise nicht in der Lage sein, politische Sachfragen nachhaltig in ihrem Interesse zu beurteilen, so könnte der gesamte demokratische Entscheidungsprozess infrage gestellt werden. Dementsprechend ist zu klären, ob ein höheres Informationsniveau eine Verschiebung der aggregierten Präferenzen im politischen System zur Folge hätte.

Einen grundlegenden Ansatz zur Analyse des möglichen Einflusses unterschiedlicher Informationsniveaus auf die Verteilung politischer Präferenzen im Elektorat stellt die Arbeit von Bartels (1996) für den amerikanischen Kontext dar. Der Autor verwendet den beobachteten Zusammenhang zwischen soziodemographischen Charakteristika und der Wahlentscheidung, um die hypothetische Stimmenverteilung in einem vollständig informierten Elektorat zu simulieren. Bartels (ebd.) kommt dabei zu dem Ergebnis, dass es bei einem perfekten Informationsniveau zu starken Verschiebungen bezüglich der Unterstützung der beiden großen amerikanischen Parteien käme. Demnach profitieren insbesondere Amtsinhaber und Kandidaten der Demokratischen Partei von einem niedrigen Informationsniveau. Aufgrund dieser Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Präferenzen und den Präferenzen eines perfekt informierten Elektorats kommt Bartels (ebd.) zu dem Schluss, dass das individuelle Informationsdefizit nicht durch die Nutzung von Heuristiken oder durch Aggregation ausgeglichen werden kann.

Mit einer ähnlichen Vorgehensweise ermittelt Althaus (1998) differenziertere Präferenzverschiebungen bei vollständiger Information. Er stellt fest, dass die öffentliche Meinung zu manchen Sachfragen progressiver und zu anderen konservativer ausfallen würde, wenn vollständige Informationen im Elektorat angenommen werden. Die dargestellte Methode von Bartels (1996) beziehungsweise Althaus (1998) wurde in verschiedenen Studien repliziert und auf andere Kontexte angewendet. So zeigt beispielsweise Bhatti (2010) in einer aktuelleren Studie, dass ein höheres Informationsniveau in Europawahlen zu Verschiebungen bezüglich der relativen Unterstützung der vertretenen Parteien führen würde. Vergleichbar mit dem Ergebnis von Bartels (1996) stellt auch Bhatti (2010) fest, dass konservative Parteien von einem höheren Informationsniveau profitieren würden. Einen ähnlichen Befund präsentiert auch Hansen (2009) für Daten zu Parlamentswahlen in Dänemark. In einer international angelegten Studie kommt Tóka (2003, 2004) ebenfalls zu dem Ergebnis, dass soziale Unterschiede in Bezug auf das politische Wissen innerhalb des Elektorats dazu führen, dass verschiedene Gruppen und Interessen ungleich im politischen System repräsentiert werden. Allerdings macht er deutlich, dass keine dauerhafte Benachteiligung einer bestimmten Gruppe festzustellen sei (Tóka 2004: 59-61).

Nachdem gezeigt wurde, dass ein verändertes Informationsniveau der Wähler durchaus Verschiebungen bei der Unterstützung politischer Parteien zur Folge hätte, wird im folgenden Abschnitt auf den Aspekt der individuellen Informationsverarbeitung eingegangen.

---

## 2.2 Informationsverarbeitung und Heuristiken

Bereits früh beschäftigten sich Autoren aus dem Bereich der (politischen) Psychologie mit der Problematik, dass Menschen meist nicht in der Lage sind Entscheidungen objektiv und auf Basis „rationaler“ Kriterien zu treffen (siehe dazu bspw. Tversky/Kahnemann 1974; Kahnemann et al. 1982; bezüglich politischer Entscheidungen auch Fischer/Johnson 1986; Quattrone/Tversky 1988). In diesem Sinne werden hier kurz verschiedene Studien vorgestellt, die sich mit der Frage beschäftigen, wie Wähler politische Informationen verarbeiten und daraus entsprechende Entscheidungen ableiten. Dabei wird der Fokus auf die Nutzung von Heuristiken und deren Wirkung gelegt.

Die Informationsverarbeitung ist auch für Lau und Redlawsk bei der Betrachtung der Wahlentscheidung von besonderer Relevanz. Sie gehen von Menschen als „limited information processors“ (2006: 23) aus, die aufgrund der beschränkten Fähigkeiten des Gehirns Informationen zu speichern nicht dem Idealbild des rationalen Wählers entsprechen können (vgl. Lau/Redlawsk 2006: 24-25). Um vor einer Wahl die Menge an Informationen zu den Kandidaten, beziehungsweise Parteien, verarbeiten zu können, müssen die Wähler unter anderem auf Heuristiken zurückgreifen, die ihre Entscheidungen und Bewertungen vereinfachen (vgl. Lau/Redlawsk 2006: 25-31). Heuristiken stellen demnach Entscheidungshilfen dar, die bewusst oder unbewusst angewendet werden, um die Anforderungen der Informationsverarbeitung zu



verringern. Ein Beispiel aus dem politischen Kontext wäre etwa die Nutzung von Partei- oder ideologischen Schemata und Stereotypen, um auf konkrete Standpunkte eines Kandidaten zu schließen (siehe für einen kurzen Überblick Lau/Redlawsk 2006: 25-30 bzw. Lau/Redlawsk 2001). Diese Vereinfachungen können allerdings auch dazu führen, dass falsche Entscheidungen getroffen werden. Für den Wähler entsteht damit ein Dilemma: Auf der einen Seite möchte er eine richtige bzw. gute Entscheidung treffen. Andererseits soll diese Entscheidung mit einem möglichst geringen kognitiven Aufwand erreicht werden (Lau/Redlawsk 2006: 29).

An vielen Stellen wird die Vermutung aufgestellt, dass Wähler durch Heuristiken durchaus in der Lage sind, ihr geringes Informationsniveau und ihre beschränkte Verarbeitungskapazität zu kompensieren.<sup>2</sup> Vertreter dieser Sichtweise stimmen zwar dem empirischen Befund zu, nach dem in manchen Teilen der Bevölkerung ein Wissensdefizit bezüglich politischer Themen festzustellen ist. Allerdings kann dieses Defizit ausgeglichen werden, sodass für sie im Prinzip keine vollständigen Informationen zur Entscheidungsfindung mehr notwendig sind. So kommt beispielsweise Lupia (1994) zu dem Ergebnis, dass der Zugang zu heuristischen Hinweisen bei Sachfragenentscheidungen dazu führt, dass Wähler Entscheidungen treffen können, als ob sie über die entsprechenden detaillierten Informationen verfügten. Auch Boudreau (2009) beobachtet in einem experimentellen Kontext, dass die Nutzung von Heuristiken dazu führen kann, dass die Lücke zwischen gering und hoch informierten Bürgern kleiner wird.

Von anderen Autoren wird das Potenzial solcher Heuristiken hingegen als eher gering eingeschätzt. Beispielsweise untersucht Cutler (2002) inwieweit soziodemographische Charakteristika der Kandidaten als heuristische Hinweise für die Wahlentscheidung verwendet werden. Dabei stellt er die Hypothese auf, dass größere soziodemographische Unterschiede zwischen dem jeweiligen Wähler und den Kandidaten die Wahrscheinlichkeit verringern, dass der Wähler sich für diesen Kandidaten entscheidet. Zudem wird vermutet, dass dieser Einfluss geringer ausfällt, je eher der Wähler die Voraussetzungen für policy-basierte Wahlentscheidungen erfüllt (vgl. Cutler 2002: 471-477). Zwar stellt der Autor fest, dass soziodemographische Unterschiede durchaus eine Rolle bei der individuellen Wahlentscheidung spielen. Allerdings kommt er auch zu dem Ergebnis, dass sowohl politisch gebildete als auch nicht gebildete Wähler diese Merkmale gleichermaßen nutzen. Diese Heuristik stellt damit keinen „Kompensationsmechanismus“ dar, der ein geringeres Informationsniveau ausgleichen könnte. Vielmehr wird diese Heuristik von policy-orientierten Wählern als zusätzliches Kriterium verwendet (Cutler 2002: 478-483). Insgesamt kommt der Autor damit zu folgendem Ergebnis: „low-information rationality‘ is not the great equalizer for the expression of preferences in democracies“ (Cutler 2002: 484).

Die in diesem Kapitel vorgestellten Befunde zum Informationsniveau und zur Informationsverarbeitung stellen den Ausgangspunkt für die Argumentation von Lau und Redlawsk (1997) dar:

„Citizens do not have all the information about politics that is required of them by classic democratic theory, and they do not process that information in as logical a way as those theorists hoped, in large part because of strict cognitive limitations“ (Lau/Redlawsk 1997: 586).

Dementsprechend konzentrieren sie sich auf die Frage, inwieweit Wahlentscheidungen trotz dieser Defizite bezüglich des Informationsniveaus und der Informationsverarbeitung dennoch so getroffen werden, *als ob* die Entscheidungsträger über diese Ressourcen verfügten. Lau und Redlawsk (1997) stellen eine Konzeptualisierung *korrekter Wahlentscheidungen* vor, die genau diesem Gedankengang entspricht. Dieses Konzept soll nun im folgenden Kapitel vorgestellt und diskutiert werden.

<sup>2</sup> Dabei ist allerdings zu beachten, dass bereits Kahnemann et al. (1982) insbesondere die Abweichungen und Fehler betonen, die durch solche Heuristiken entstehen können.

### 3 Das Konzept „Correct Voting“

In ihren Analysen untersuchen Lau und Redlawsk (2001, 2006), welche Wirkungen die Nutzung verschiedener Strategien der Informationssuche beziehungsweise -verarbeitung und insbesondere die Nutzung von Heuristiken haben. Ausgangspunkt der Überlegungen der Autoren ist dabei die Frage, ob Wähler durch sie in der Lage sind, Entscheidungen zu treffen, die ihren Interessen entsprechen:

„Did the voter, in the hurly-burly of an actual election campaign, with all the constraints imposed by real life, still manage to select the candidate that he or she would have chosen in the ideal world of fully informed preferences?“ (Lau/Redlawsk 2006: 16).

Eine Wahlentscheidung ist demnach korrekt, wenn sie der Entscheidung entspricht, die bei einer objektiven Verarbeitung der vollständigen Informationen getroffen worden wäre (vgl. Lau/Redlawsk 1997: 586; Lau/Redlawsk 2006: 75). Insgesamt ist zu betonen, dass sich dieses Konzept korrekter Wahlentscheidungen von den in Abschnitt 2.1 vorgestellten Ansätzen in wichtigen Punkten unterscheidet. Ein großer Vorteil der Methode von Lau und Redlawsk gegenüber den Ansätzen von Bartels (1996) und Althaus (1998) ist, dass sie eine Untersuchung der Determinanten auf individueller Ebene ermöglicht (siehe dazu bspw. Sokhey/McClurg 2012: 752-753). Darüber hinaus zeichnet sich die Vorgehensweise von Lau und Redlawsk dadurch aus, dass beispielsweise nicht wie bei Bartels (1996) die Ermittlung der Präferenzen bei vollständiger Information über die beobachteten Zusammenhänge zwischen soziodemographischen Merkmalen und der Wahlentscheidung erfolgt. Damit gehen Lau und Redlawsk (1997: 586) bei der Definition der Korrektheit der Wahlentscheidung nicht etwa von bestimmten Interessen oder Ideologien aus, die beispielsweise von unterschiedlichen sozialen Schichten vertreten werden *sollten*, wenn diese über alle Informationen verfügen würden. Vielmehr werden die individuellen Interessen und Werte jedes einzelnen Wählers als gegeben angesehen.

Die entscheidende Frage ist daher, ob der gewählte Kandidat diese individuellen Interessen am besten widerspiegelt. Lau und Redlawsk folgen dabei mit ihrem Verständnis der individuellen Interessen der Definition von Robert Dahl, der davon ausgeht, dass die politischen Interessen einer Person „whatever that person would choose with fullest attainable understanding of the experience resulting from that choice and its most relevant alternatives“ (Dahl 1989: 180) entspricht.

Während die soeben vorgestellte Definition korrekter Wahlentscheidungen durchaus plausibel und unstrittig ist, wird an diesem Punkt noch nicht eindeutig klar, wie das Konzept insbesondere in Bezug auf Umfragedaten operationalisiert werden kann. Auf diesen Aspekt wird im folgenden Abschnitt detaillierter eingegangen. Anschließend sollen verschiedene Studien vorgestellt werden, die sich mit Determinanten korrekter Wahlentscheidungen beschäftigen haben.

#### 3.1 Ursprüngliche Konzeptualisierung und erste Validierung

Die Analysen von Lau und Redlawsk (1997, 2006) konzentrieren sich vorerst auf einen experimentellen Kontext, in dem Versuchsteilnehmer Wahlentscheidungen in einem dynamischen Informationsumfeld einer fiktiven US-Präsidentschaftswahlkampagne treffen mussten. Die Versuchsteilnehmer registrierten sich dabei zu Beginn als Demokraten beziehungsweise Republikaner, um an den Vorwahlen der jeweiligen Partei teilzunehmen. Anschließend konnten sie sich über die entsprechenden Kandidaten im Rahmen einer simulierten Kampagne informieren.<sup>3</sup> Dabei hatten die Versuchsteilnehmer die Möglichkeit auf ver-

<sup>3</sup> In der ersten Studie wurden lediglich die Vorwahlen simuliert (Lau/Redlawsk 1997), während die späteren Analysen auch den darauffolgenden Präsidentschaftswahlkampf simulierten (siehe für eine genauere Beschreibung Lau/Redlawsk 2006: 47-71, Anhang B).

schiedene Informationstypen wie etwa die Positionen der Kandidaten zu einzelnen Sachfragen oder ihre persönlichen Hintergründe zuzugreifen. Ein wichtiger Aspekt des dynamischen Informationsumfeldes war, dass die Versuchsteilnehmer bei ihrer Informationssuche nicht alle angebotenen Informationen bezüglich der Kandidaten einsehen konnten. Es wurde immer nur ein Teil der verfügbaren Informationen gleichzeitig angeboten und die vorhandene Zeit war nicht ausreichend, um auf jedes angebotene Item tatsächlich zuzugreifen. Die Gestaltung eines solchen dynamischen Informationsumfeldes sollte die tatsächlichen Gegebenheiten einer echten Wahlkampagne widerspiegeln: Bestimmte Informationen sind nicht immer verfügbar und der Zugriff auf Informationen ist mit (Opportunitäts-)Kosten verbunden, da die insgesamt verfügbare Zeit nicht ausreicht, um sich vollständig über alle Kandidaten zu informieren. Im Anschluss an die simulierte Kampagne gaben die Versuchsteilnehmer ihre Stimme für einen der Kandidaten ihrer Partei ab.

Nachdem die Respondenten ihre Wahlentscheidung somit zunächst auf Basis unvollständiger Informationen getroffen hatten, wurden ihnen anschließend alle verfügbaren Angaben über die zur Wahl stehenden Kandidaten vorgelegt. Sofern die Versuchsteilnehmer angaben, dass sie ihre Wahlentscheidung in Anbetracht der nun zusätzlich vorhandenen Kenntnisse nicht ändern würden, wurde die vorherige Wahlentscheidung als korrekt angesehen (Lau/Redlawsk 1997: 588-589). Entsprechend wird eine Wahl als nicht korrekt definiert, wenn die Versuchsteilnehmer ihre Entscheidung nach der Durchsicht aller Informationen revidierten. Diese Konzeptualisierung spiegelt zwar genau die oben dargelegten theoretischen Überlegungen wider. Allerdings hat diese Messmethode entscheidende Nachteile. So ist die Vorgehensweise sehr aufwendig und überhaupt nur in einem experimentellen Umfeld anwendbar, bei dem die Informationsaufnahme erfasst werden kann und der Versuchsleitung alle verfügbaren Informationen bekannt sind. Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, inwieweit die Respondenten dazu neigen, ihre vorherige Wahlentscheidung zu bestätigen, um Dissonanzen zu vermeiden beziehungsweise ihren Fehler nicht zugeben zu müssen (vgl. dazu auch Lau/Redlawsk 2006: 77).

Auf Basis dieser ersten Messung erarbeiten Lau und Redlawsk (1997: 589-591; siehe auch Lau et al. 2008a: 396-397) jedoch eine zweite, *normativ-naive* Messmethode korrekter Wahlentscheidungen, die auch auf Umfragedaten angewendet werden kann. Entsprechend der oben genannten Überlegungen wird dabei anhand der angegebenen Präferenzen der Respondenten und der jeweiligen Standpunkte der zur Wahl stehenden Kandidaten die optimale Wahlentscheidung ermittelt. Die Versuchsteilnehmer wurden im Vorfeld der simulierten Wahlkampagne unter anderem zu ihren Einstellungen bezüglich einzelner Sachfragen und Interessengruppen befragt. Das Ziel der normativ-naiven Messmethode ist, auf Basis der Übereinstimmung der eigenen Einstellungen und der Parteipositionen, die Partei zu ermitteln, die die Interessen des jeweiligen Respondenten am besten widerspiegelt. Die Messung ist demnach *naiv*, da sie auf den individuellen Präferenzen der Wähler und ihren eigenen Einschätzungen der Wichtigkeit einzelner Aspekte beruht. Als *normativ* wird die Messmethode bezeichnet, da sie auf einer Experteneinschätzung der jeweiligen Kandidatenpositionen, sowie auf einer objektiven Evaluation der Informationen beruht. Dabei wurden drei verschiedene Informationstypen berücksichtigt und zu einer Gesamtbewertung der einzelnen Kandidaten zusammengefasst. Neben der Übereinstimmung zu einzelnen Sachfragen zwischen den Kandidaten und dem Versuchsteilnehmer wurden ebenfalls Empfehlungen von Interessengruppen (in Verbindung mit deren Bewertung durch den Versuchsteilnehmer), sowie die persönlichen Eigenschaften der Kandidaten miteinbezogen. Auf Basis dieser Items wurde für jeden Kandidaten eine Gesamtbewertung berechnet, wobei die einzelnen Informationstypen jeweils durch die entsprechende subjektive Wichtigkeit für den Respondenten gewichtet wurden (siehe Lau/Redlawsk 1997: 589 für weitere Details). Eine Wahlentscheidung wurde in diesem Zusammenhang als korrekt angesehen, wenn der gewählte Kandidat über die höchste Gesamtbewertung verfügt. Lau und Redlawsk wenden diese Operationalisierung zunächst auf die Experimentaldaten an, um die normativ-naive Messmethode auf Basis der ebenfalls abgefragten nachträglichen Änderung der Wahlentscheidung zu validieren.

Dabei konnten die Autoren unter anderem zeigen, dass die relative Gesamtbewertung der Parteien die retrospektive Wahlentscheidung auf Basis aller verfügbaren Informationen besser vorhersagt als die vorhergehende Wahlentscheidung. Darüber hinaus haben Wähler, die sich auf Basis der normativ-naiven Gesamtbewertung für die „falsche“ Partei entschieden, eine höhere Wahrscheinlichkeit, ihre Entscheidung zu revidieren, nachdem sie Zugriff auf alle verfügbaren Informationen erhielten (Lau/Redlawsk 1997: 590-591). Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass die normativ-naive Konzeptualisierung eine valide Alternative zur Bestimmung korrekter Wahlentscheidungen darstellt.

Anschließend übertragen die Autoren (Lau und Redlawsk 1997, 2006) das Konzept auf Daten des *American National Election Survey* (ANES). Dabei berücksichtigen sie vier verschiedene Kategorien für die Bestimmung der korrekten Wahlentscheidung: Die Parteiidentifikation des Respondenten, die Übereinstimmung zwischen Kandidaten und Befragten bezüglich verschiedener Issue-Positionen, die Verbindungen zwischen Respondenten und sozialen Gruppen, die einen der Kandidaten präferieren, sowie die Einschätzung der Performanz des Amtsinhabers. Diese einzelnen Aspekte werden wie oben beschrieben zu einer Gesamtbewertung jedes zur Wahl stehenden Kandidaten zusammengefasst.<sup>4</sup> Die Parteiidentifikation, die Gruppenbewertungen und Performanzeinschätzungen erhöhen oder verringern je nach Ausprägung die Gesamtbewertung des jeweiligen Kandidaten. Bei den Issuepositionen wird anhand der direktionalen Methode von Rabinowitz und MacDonalds (1989) die Übereinstimmung mit den einzelnen Kandidaten ermittelt und diese zur jeweiligen Gesamtbewertung hinzugefügt. Nach dieser Methode geht es nicht um die Distanz zwischen den Positionen des Kandidaten und des Respondenten. Stattdessen ist entscheidend, ob ein Kandidat und der Befragte bei der jeweiligen Sachfrage auf der gleichen Seite des Kontinuums stehen. Zudem wird berücksichtigt, mit welcher Intensität der Kandidat die jeweilige Ausrichtung betont. Der Kandidat, der die höchste Gesamtbewertung aufweist, wird als korrekte Wahlentscheidung angesehen (vgl. Lau/Redlawsk 1997: 596-597; Lau et al. 2008a: 407-409).

Neben der soeben erwähnten Validierung auf Basis der Experimentaldaten testen Lau und Redlawsk (1997: 592-293) mehrere Hypothesen bezüglich der Determinanten des Niveaus korrekter Wahlentscheidungen im Rahmen der ANES-Surveys. Dabei können sie zeigen, dass der Anteil korrekter Wahlentscheidungen zunimmt, wenn die Zahl der Alternativen niedrig ist, die ideologischen Unterschiede zwischen den Kandidaten größer und die Wahlkampffressourcen gleichmäßig verteilt sind. Diese Zusammenhänge bilden aus theoretischer Sicht eine weitere Bestätigung für die Konstruktvalidität der normativ-naiven Messmethode.

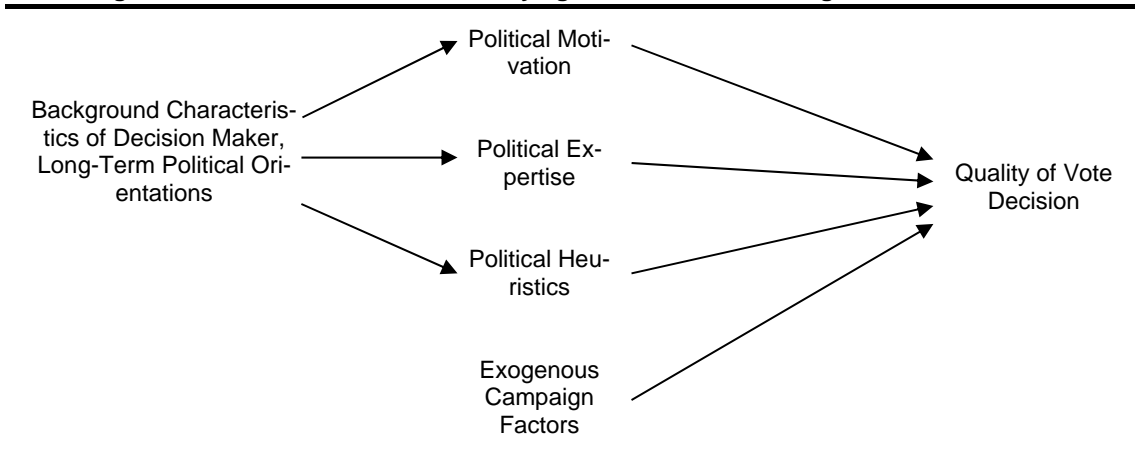
Auf die genaue Berechnungsmethode zur Bestimmung der korrekten Wahlentscheidung auf Basis der normativ-naiven Konzeptualisierung wird noch einmal detaillierter bei der Übertragung auf den deutschen Kontext im nächsten Kapitel eingegangen, da dort auch die notwendigen Veränderungen und Abweichungen diskutiert werden. Insbesondere sollen dabei auch Unterschiede zwischen bisherigen Studien bezüglich der Operationalisierung verdeutlicht werden. Zunächst werden allerdings in dem folgenden Abschnitt dieses Kapitels die theoretischen Erwartungen bezüglich der Determinanten korrekter Wahlentscheidungen erläutert, wobei der Fokus hier auf individuellen Einflussfaktoren liegt. In diesem Sinne werden weitere Studien vorgestellt, in denen das Konzept auf Umfragedaten angewendet wurde. Auf Basis der theoretischen Argumentation und der bisherigen empirischen Ergebnisse können anschließend die Hypothesen für die Validierung des Konzepts abgeleitet werden.

<sup>4</sup> Die Zusammenfassung erfolgt entweder über Mittelwertbildung oder Aufsummieren, wobei in den meisten hier vorgestellten Studien der Mittelwert verwendet wird.

## 3.2 Determinanten von Correct Voting

Bei den Analysen von Lau und Redlawsk auf Basis ihrer Experimentaldaten lag der Schwerpunkt auf der Untersuchung der direkten Einflüsse verschiedener Entscheidungsstrategien und Strategien der Informationssuche (siehe für den theoretischen Hintergrund Lau/Redlawsk 2001, 2006: 21-46). Eine solche Analyse der Informationsverarbeitung kann auf der Basis von Umfragedaten natürlich nicht geleistet werden. Bezüglich der Umfragedaten konzentrierten sich Lau und Redlawsk (1997; bzw. Lau et al. 2008a) bei der Untersuchung der Determinanten korrekter Wahlentscheidungen zunächst auf strukturelle und kampagnenabhängige Kontextfaktoren. So erfolgte die erste Validierung der ANES-Operationalisierung, wie in Abschnitt 3.1. beschrieben, anhand von Vorhersagen bezüglich des Anteils korrekter Wahlentscheidungen in Abhängigkeit von Kampagnenfaktoren wie beispielsweise die Zahl der Alternativen und die Unterscheidbarkeit der Kandidaten (siehe Lau/Redlawsk 1997: 592-593). In einer späteren Multilevelanalyse mehrerer amerikanischer Wahlstudien wurden auch theoretische Überlegungen bezüglich der individuellen Einflussfaktoren dargestellt (vgl. Lau et al. 2008a). Abbildung 1 veranschaulicht diese differenziertere Perspektive auf die Determinanten korrekter Wahlentscheidungen, die im Rahmen von Umfragedaten als Validitätskriterien untersucht werden können.

**Abbildung 1: General Framework for Studying Voter Decision Making**



Quelle: Lau et al. 2008a: 397

### Direkte individuelle Einflussfaktoren

Der Ausgangspunkt der Argumentation von Lau et al. (2008a) ist die Annahme, dass Personen bei ihrer Entscheidungsfindung von zwei verschiedenen Motivationen beeinflusst werden. Auf der einen Seite besteht der Anspruch eine *gute* Entscheidung zu treffen. Andererseits soll die Entscheidung *möglichst einfach* sein, also möglichst wenig Zeit und kognitive Ressourcen in Anspruch nehmen. Dementsprechend lässt sich vermuten, dass die jeweilige individuelle Motivation, eine gute Entscheidung zu treffen ein wichtiger Einflussfaktor ist. Allerdings ist die Motivation keine hinreichende Bedingung für eine korrekte Entscheidung. Vielmehr muss ein Bürger auch über das notwendige Wissen über die Alternativen verfügen, um eine akkurate Entscheidung zu treffen. Unabhängig davon ist es allerdings auch möglich, dass ein Wähler eventuell nicht vorhandenes faktisches Wissen durch die Nutzung von Heuristiken kompensiert. Wie in Abbildung 1 zu sehen ist, lassen sich somit die direkten individuellen Einflussfaktoren in drei verschiedene Gruppen einordnen (vgl. Lau et al. 2008a: 397-399): politische Motivation, politisches Wissen und Erfahrung, sowie die Nutzung von Heuristiken.

Unter politischer Motivation ist zunächst die subjektive Wichtigkeit der Wahlentscheidung zu verstehen. Hält der Wähler die Wahl für bedeutsam, ist davon auszugehen, dass er eher bemüht ist eine richtige Entscheidung zu treffen. Ein solcher Wähler wird sich intensiver mit der Wahl beschäftigen und die Vor- und Nachteile der einzelnen Alternativen genauer abwägen. Dementsprechend kann folgende Hypothese aufgestellt werden (vgl. Lau et al. 2008a: 398):

Hypothese 1: Je wichtiger der Ausgang der Wahl angesehen wird, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer korrekten Wahlentscheidung.

Die politische Expertise ist ebenfalls ein entscheidender Faktor, der die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen beeinflussen kann. Es ist zu vermuten, dass Wähler mit einem höheren politischen Verständnis und Wissen eher in der Lage sind, politische Sachfragen zu beurteilen und die Parteien entsprechend ihrer Übereinstimmung mit den eigenen Interessen auszuwählen. Diese Überlegungen lassen sich in folgender Hypothesen zusammenfassen (vgl. Lau et al. 2008a: 398):

Hypothese 2: Je höher das politische Wissen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer korrekten Wahlentscheidung.

Heuristiken haben zwar eine zentrale Bedeutung für die Frage, wie trotz begrenzter Informationsgrundlage und eingeschränkter Verarbeitungskapazitäten korrekte Wahlentscheidung getroffen werden können. Allerdings ist die Messung dieses Aspekts der Informationsverarbeitung im Rahmen von Umfragedaten nur begrenzt möglich. Lau et al. (2008a: 398, 402) betrachten in ihrer Untersuchung daher lediglich die Stärke der Parteiidentifikation als Indiz für die Möglichkeit der Nutzung von Parteiheuristiken. Somit kann die dritte Hypothese wie folgt formuliert werden:

Hypothese 3: Je größer die Stärke der Parteiidentifikation, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer korrekten Wahlentscheidung.

Zusätzlich gehen Lau et al. (2008a: 398) von einem Interaktionseffekt zwischen der Stärke der Parteiidentifikation und dem politischen Wissen aus. Sie vermuten, dass Heuristiken insbesondere dann effektiv sind, wenn sie von Experten angewendet werden. Diese Hypothese stellt allerdings eher eine Vermutung zur Wirkungsweise der Heuristik dar und ist kein Validitätskriterium im engeren Sinne, weshalb auf eine Hypothese bezüglich dieser Interaktion verzichtet wird.

Insgesamt lässt sich die Frage stellen, warum das allgemeine politische Interesse nicht als möglicher Einflussfaktor für die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen berücksichtigt wird. Es lässt sich allerdings argumentieren, dass allgemeines politisches Interesse die Qualität der Wahlentscheidung prinzipiell durch zwei verschiedene Mechanismen beeinflusst. Zum einen verfügen Personen mit höherem allgemeinem politischem Interesse über ein höheres politisches Wissen und sind daher in der Lage bessere Entscheidungen im politischen Kontext zu treffen. Zum anderen lässt sich vermuten, dass das allgemeine politische Interesse die Motivation eine richtige Entscheidung zu treffen erhöht, beziehungsweise die subjektive Bedeutung einer Wahl bestärkt. In diesem Sinne kann das allgemeine politische Interesse als vorgelagerter Einflussfaktor angesehen werden, der sowohl die subjektive Wichtigkeit des Wahlausgangs, als auch das politische Wissen an sich beeinflusst. Um nun differenzieren zu können, ob motivationale Aspekte oder das reine politische Wissen als ausschlaggebender Faktor angesehen werden kann, wird in dieser Arbeit auf die Berücksichtigung des politischen Interesses verzichtet. Stattdessen werden die Variablen miteinbezogen, die, wie oben beschrieben, theoretisch in der kausalen Kette zwischen politischem Interesse und der Wahrscheinlichkeit der korrekten Wahl vermittelnde Faktoren darstellen. Eine zusätzliche Berücksichtigung einer Variable, die den diskutierten unabhängigen Variablen kausal vorangestellt ist, würde dazu führen, dass die jeweiligen einzelne Effekte potenziell unterschätzt werden.

Die soeben vorgestellten Variablen werden jeweils von den individuellen soziodemographischen Charakteristika und langfristigen politischen Orientierungen beeinflusst. Die dementsprechend in Abbildung 1 vorgelagerten Faktoren werden bei den meisten empirischen Analysen nur als Kontrollvariablen berücksichtigt. Dennoch werden in der Literatur teilweise unterschiedliche Vermutungen bezüglich ihrer Wirkungen geäußert. So wird teilweise davon ausgegangen, dass steigendes Alter einen negativen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen haben sollte, da damit eine schlechtere Informationssuche und –verarbeitung verbunden wird (vgl. Lau/Redlawsk 2006: 205; Hines 2006: 7). In anderen Studien wird jedoch kein (Lau et al 2008a: 402) oder gar ein positiver (Lau et al. 2008b: 8) Einfluss erwartet, wobei der positive Effekt mit höherer politischer Erfahrung im Alter begründet wird.<sup>5</sup> Als weitere soziodemographische (Kontroll-)Variablen werden, je nach Studie, beispielsweise das Einkommen, die subjektive Schichtzugehörigkeit, liberale und konservative Einstellungen, die Kirchengangshäufigkeit, die allgemeine Schulbildung oder das Geschlecht berücksichtigt. Da allerdings keine eindeutigen theoretischen Vorhersagen bezüglich der Zusammenhänge mit der Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen getroffen werden können, werden hier keine Hypothesen zur Konstruktvalidierung bezüglich dieser Einflussfaktoren aufgestellt. Gleichwohl sind entsprechende soziodemographische Variablen bei der späteren Analyse zu berücksichtigen.<sup>6</sup>

Diese individuellen Einflussfaktoren wurden in verschiedenen Studien, sowohl im amerikanischen Kontext, als auch auf international vergleichender Ebene in dieser oder leicht abgeänderter Form untersucht (siehe dazu neben Lau et al. 2008a auch Lau et al. 2005, 2008b; Lau/Redlawsk 2006; Hines 2006, 2007, 2010), wobei die Hypothesen in den meisten Fällen empirisch bestätigt werden konnten.

## Weitere individuelle Einflüsse

Das von Lau und Redlawsk vorgeschlagene Modell zur Untersuchung der Determinanten korrekter Wahlentscheidungen (siehe Abbildung 1) stellt sich jedoch nicht als erschöpfend heraus. Beispielsweise bleibt die Wirkung der Nutzung unterschiedlicher Informationsquellen bei den bisherigen Betrachtungen teilweise unberücksichtigt. Betrachtet man das Informationsumfeld eines Bürgers im Rahmen einer Wahlkampagne, so sind zunächst drei verschiedene Quellen politischer Informationen denkbar: die Nutzung verschiedener Medien, soziale Kontakte beziehungsweise politische Gespräche, sowie direkte Parteikontakte über Wahlkampfveranstaltungen.

Bezüglich des Einflusses von Mediennutzung auf die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen untersuchten Baum und Jamison (2006) den Effekt unterschiedlicher TV-Nachrichtensendungen im amerikanischen Kontext. Dabei konzentrieren sich die Autoren insbesondere auf die Wirkung des Interaktionseffekts zwischen dem allgemeinen politischen Wissen beziehungsweise Interesse und der Informationsqualität der Sendungen auf die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen. So kommen sie zu dem Ergebnis, dass *soft news* insbesondere unter gering informierten Wählern die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen erhöhen. Der Effekt von Qualitätssendungen bei gut informierten Wählern fällt dabei geringer aus, da diese Respondenten ohnehin über die zur Wahl stehenden Alternativen informiert sind.

Soziale Kontakte und politische Diskussionen wurden bereits früh als wichtiger Einflussfaktor auf das Wahlverhalten angesehen (siehe etwa Downs 1965). Sowohl Richey (2008), als auch Sokhey und McClurg (2012) konnten zeigen, dass soziale Kontakte beziehungsweise politische Diskussionen einen positiven Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen haben. Dabei untersuchten

<sup>5</sup> Für eine differenzierte Betrachtung dieser unterschiedlichen Alterseffekte, siehe Lau/Redlawsk (2008).

<sup>6</sup> Konkret wird in den hier vorgestellten Analysen das Alter, das Geschlecht, die Region (Ost-West), die Kirchengangshäufigkeit und die subjektive Schichtzugehörigkeit berücksichtigt. Auf die Begründung dieser Auswahl wird in Kapitel 5 noch einmal kurz eingegangen.

die Autoren differenzierte Hypothesen bezüglich der Expertise und der Heterogenität innerhalb der Netzwerke (für experimentelle Untersuchungen in diesem Zusammenhang siehe auch Ryan 2010, 2011).

Bezüglich der Effekte von Parteikontakten auf die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen wurden bisher noch keine Studien veröffentlicht. Dennoch lässt sich durchaus vermuten, dass Wähler durch den direkten Kontakt im Wahlkampf eher in der Lage sind, eine Wahlentscheidung im Sinne ihrer Interessen zu treffen.

Im Gegensatz zu den bisher vorgestellten Hypothesen sind diese Einflussfaktoren allerdings nicht im gleichen Maße als direkte Kriterien der Konstruktvalidität zu verstehen. Es ist durchaus eine empirische Frage, ob diese Faktoren tatsächlich positiv auf die Qualität der Wahlentscheidung wirken. Ein solcher Zusammenhang bildet somit keine theoretische Notwendigkeit für die Validität des Konstrukts, da negative Einflüsse mancher Informationsquellen (sei es bspw. durch sozialen Druck oder inkonsistente Informationen) durchaus denkbar sind. Fehlende oder gar negative Zusammenhänge stehen demnach keineswegs im Gegensatz zu den theoretischen Überlegungen. Im Rahmen der Konstruktvalidierung des Konzepts in der vorliegenden Arbeit werden zu diesen Einflussfaktoren daher keine spezifischen Hypothesen formuliert und auf Analysen dieser Aspekte verzichtet. Hierbei sei allerdings erwähnt, dass weitere Untersuchungen dieser Zusammenhänge für den deutschen Kontext wünschenswert sind.

## Kontextfaktoren

Neben den Variablen auf individueller Ebene haben kontextabhängige Einflussfaktoren eine große Bedeutung bei vielen bisherigen Analysen. Dies liegt unter anderem darin begründet, dass der Anteil an korrekten Wahlentscheidungen in einem Elektorat als Kriterium für die Qualität unterschiedlicher demokratischer Institutionen vorgeschlagen wird (siehe dazu insbesondere Lau et al. 2005, 2008b; Hines 2006, 2007, 2010). Unter anderem werden die Zahl der zur Wahl stehenden Alternativen, deren Unterscheidbarkeit, sowie Eigenschaften des Wahlsystems als Einflussfaktoren genannt (vgl. auch Lau/Redlawsk 1997; Lau et al. 2008a; sowie Patel 2011). Da sich die in dieser Arbeit vorgestellten Analysen nur auf eine Wahl in Deutschland beziehen, wird hier nicht ausführlich auf diese Determinanten eingegangen. Es sei lediglich erwähnt, dass im Rahmen der in den genannten Studien aufgestellten Hypothesen bezüglich des Anteils korrekter Wahlentscheidungen in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern von gegensätzlichen Effekten auszugehen ist. So spricht beispielsweise das proportionale Wahlsystem im internationalen Vergleich für einen höheren Anteil korrekter Wahlentscheidungen, da geringere Anreize bestehen wegen wahlstrategischen Erwägungen von der Erstpräferenz abzuweichen. Andererseits ist unter anderem aufgrund der höheren Zahl an zur Wahl stehenden Alternativen ein niedrigeres Niveau korrekter Wahlentscheidungen im Vergleich zu Ländern mit einem Zweiparteiensystem zu erwarten.

Nachdem in diesem Kapitel das theoretische Konzept korrekter Wahlentscheidungen beschrieben und ausführlich auf verschiedene Einflussfaktoren eingegangen wurde, soll nun im nächsten Teil der Fokus auf die Übertragung der Messung auf die in dieser Arbeit verwendeten Umfragedaten gelegt werden.

## 4 Operationalisierung für den deutschen Kontext

Im Folgenden werden verschiedene Varianten und Möglichkeiten zur Operationalisierung der abhängigen Variable „korrekte Wahlentscheidung“ im Detail diskutiert. Dabei sollen insbesondere notwendige Abweichungen im Vergleich zu den vorherigen Studien ausgearbeitet und begründet werden. Sofern nicht anderweitig angegeben, folgt die Vorgehensweise der Konzeptualisierung von Lau und Redlawsk (1997) beziehungsweise Lau et al. (2008a). Es ist zu beachten, dass einige Änderungen lediglich aufgrund der



Übertragung auf den deutschen Kontext notwendig sind, während einzelne Anpassungsvorschläge kontextunabhängig sind. Es handelt sich bei der vorliegenden Arbeit demnach zum einen um eine Anwendung des Konzepts auf Deutschland, zugleich ist es das Ziel das Konzept an sich zu hinterfragen und allgemeine Änderungen vorzuschlagen.

Der Grundgedanke der normativ-naiven Konzeptualisierung korrekter Wahlentscheidungen besteht zunächst darin, für jede Partei eine Gesamtbewertung zu berechnen. Dabei wird implizit angenommen, dass die zur Berechnung der Gesamtbewertung berücksichtigten Kategorien aus normativer Sicht relevant sind für die Bestimmung der Partei, die die jeweiligen individuellen Interessen am besten widerspiegelt. Eine Wahl wird demnach als korrekt angesehen, sofern sie der Partei mit der individuell höchsten Gesamtbewertung entspricht. Bezüglich der weiteren Diskussion der Operationalisierung des Konzepts „Correct Voting“ wird wie folgt vorgegangen. Zunächst wird diskutiert, welche Informationstypen (bspw. Issuedistanzen oder persönliche Eigenschaften der Spitzenkandidaten) als mögliche Kategorien in die jeweilige Gesamtbewertung der einzelnen Kandidaten beziehungsweise Parteien miteinbezogen werden können. Im Anschluss wird genauer beschrieben, wie die einzelnen Items der jeweiligen Informationstypen recodiert werden, um eine Zusammenfassung in den Gesamtbewertungen zu ermöglichen. Dabei wird unter anderem die Berechnungsmethode zur Ermittlung der Übereinstimmung zwischen Kandidaten und Respondenten für einzelne Sachfragen diskutiert. Anschließend wird darauf eingegangen, wie die einzelnen Informationstypen letztendlich zu einer Gesamtbewertung zusammengefasst werden und auf Basis dieser einzelnen Bewertungen, die dichotome Variable korrekter Wahlentscheidungen gebildet wird. Insbesondere wird dabei die Gewichtung der einzelnen Kategorien diskutiert.

Die im weiteren Verlauf vorgestellten Analysen und Recodierungen liegen dem Vorwahl-Querschnitt zur Bundestagswahl 2009 im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) zugrunde (ZA 5300).<sup>7</sup> Die Studie umfasste 2173 zufällig ausgewählte Befragte, die in Face-to-Face Interviews befragt wurden. Der Erhebungszeitraum erstreckt sich vom 10. August bis zum 26. September 2009. Alle in dieser Arbeit dargestellten Analysen wurden unter Einbeziehung des Ost-West-Gewichts zum Ausgleich des Oversamples und des Transformationsgewichts zum Ausgleich der Haushaltsgröße durchgeführt. Es wird die Vorwählerhebung verwendet, da so sichergestellt ist, dass die Interessen und Sachfragenorientierungen des Respondenten, das individuelle Informationsniveau bezüglich der Alternativen und die Wahlabsicht zum gleichen Zeitpunkt abgebildet werden. Bei einer Nachwählerhebung kann das Problem bestehen, dass sich zwischen den (retrospektiv abgefragten) Wahlentscheidungen und dem Befragungszeitpunkt Wahrnehmungen und insbesondere das Informationsniveau zu einzelnen Kandidaten oder Sachfragen geändert haben. Die Verwendung des Vorwahldatensatzes gewährleistet, dass die unmittelbare Wahlabsicht bei den derzeit gegebenen Informationen im Bezug auf ihre Korrektheit überprüft werden kann.

---

## 4.1 Berücksichtigte Kategorien

Das Konzept der korrekten Wahlentscheidung wurde, wie oben dargestellt, bereits in mehreren Studien angewendet und insbesondere aufgrund abweichender Datengrundlagen an unterschiedlichen Stellen modifiziert. In diesem Abschnitt soll kurz vorgestellt werden, welche weiteren Aspekte im Vergleich zur ursprünglichen Messmethode in anderen Studien berücksichtigt werden um zu ermitteln, ob eine Wahlentscheidung den Interessen eines Wählers entspricht. Darauf aufbauend wird die Operationalisierung dieser Arbeit abgeleitet.

In den Studien, die ebenfalls für Daten der ANES angewendet werden, weicht die Operationalisierung nur teilweise in Details von der ursprünglichen Vorgehensweise ab. Während Richey (2008) die ursprüngliche

<sup>7</sup> Rattinger, Roßteutscher, Schmitt-Beck, Weißels: German Longitudinal Election Study – Vorwahl-Querschnitt, 10.08.-26.09.2009. GESIS, Köln: ZA5300, Version 5.0.0, doi: 10.4232/1.10997

Operationalisierung korrekter Wahlentscheidungen für die Präsidentschaftswahlstudie 2000 repliziert, werden beispielsweise in einem Artikel von Baum und Jamison (2006), die ebenfalls die ANES-Daten von 2000 verwenden, kleine Veränderungen bezüglich der Berechnungsmethode vorgenommen.<sup>8</sup> Allerdings werden auch hier die von Lau und Redlawsk (1997) vorgeschlagenen Kategorien beibehalten.

In einer späteren Studie erweitern Lau et al. (2008a) die vorgeschlagenen Kategorien zur Operationalisierung korrekter Wahlentscheidungen. Bei diesen Analysen werden im Gegensatz zum ersten Artikel von Lau und Redlawsk (1997) ausschließlich die Anwendung auf Daten der amerikanischen Wahlstudie ANES thematisiert und keine Analysen mit Experimentaldaten durchgeführt. Im Vergleich zu der ursprünglichen Vorgehensweise werden zusätzlich Einschätzungen der Persönlichkeit der Kandidaten in der Berechnung der Gesamtbewertung berücksichtigt.

In international vergleichenden Analysen war es allerdings insbesondere aufgrund der meist schlechteren Itemgrundlage an manchen Stellen notwendig, alternative Kategorien in die Gesamtbewertung mit einzu-beziehen. Während Sokhey und McClurg (2012) in ihren Analysen, sowohl auf Basis der ANES-Umfrage von 2000, als auch mit den Daten des Comparative National Election Surveys (CNES) weitestgehend die Operationalisierung von Lau und Redlawsk (1997) nachempfinden können, war dies in anderen Studien nicht möglich. So haben Lau et al. (2005, 2008b) beispielsweise die Determinanten korrekter Wahlentscheidungen im internationalen Vergleich mit Hilfe der Umfragedaten aus dem Comparative Study of Electoral Systems-Datensatz untersucht. Dabei wurden als Bestandteile der Gesamtbewertung lediglich Parteienskalometer, Links-Rechts-Parteien- sowie Selbsteinstufung und die Einschätzung der Wirtschaftslage und -entwicklung miteinbezogen. Hines (2006, 2007, 2010) verwendet in seinen Analysen ebenfalls die Links-Rechtseinstufung als zusätzliche Kategorie im Vergleich zur ursprünglichen Konzeptualisierung. Darüber hinaus fügt er noch ein Item hinzu, bei dem die Respondenten angeben sollten, wie wahrscheinlich es ist, die jeweilige Partei jemals zu wählen. Dieses Item könnte allerdings insofern problematisch sein, als dass sich das Antwortverhalten der Respondenten bei diesem Item zu sehr mit der eigentlichen Wahlentscheidung überschneiden könnte, und dementsprechend zu viele Wahlentscheidungen als korrekt klassifiziert werden.

Insgesamt sind somit verschiedene Aspekte als Bestandteil der Gesamtbewertung zur Bestimmung korrekter Wahlentscheidungen denkbar. In Tabelle 1 werden die Itemkategorien aufgelistet, die im Rahmen der Umfragedaten zur Bundestagswahl 2009 in die Betrachtung miteinbezogen werden können.<sup>9</sup>

**Tabelle 1: Mögliche Kategorien zur Bestimmung der Korrekten Wahlentscheidung**

<i>Positionierungen</i>	<i>„Konkrete“ Evaluationen</i>	<i>„Allgemeine“ Evaluationen</i>
Links-Rechts-Distanz Parteien	Charaktereigenschaften der	Parteiidentifikation
Links-Rechts-Distanz Kandidaten	Spitzenkandidaten	Skalometer Parteien
Issue-Distanz Parteien	Parteienperformanz	Skalometer Politiker
	Lösungskompetenz wichtigstes Problem	
	Einschätzung der	
	Wirtschaftsentwicklung	

8 Konkret gab es drei verschiedenen Anpassungen (vgl. Baum/Jamison 2006: 950-952): (1) Die Kandidatenpositionen wurden statt durch die Respondenten mit hohem politischen Wissen durch eine Expertenumfrage bestimmt; (2) die Performanzeinschätzung des Amtsinhabers wurde auch bei einer Wahl berücksichtigt, bei der statt des Amtsinhabers sein Vizepräsident antrat; sowie (3) die einzelnen Bewertungsitems wurden durch Aufsummieren statt durch Mittelwertbildung zusammengefasst. Auf diese Details wird im späteren Abschnitt dieses Kapitels noch einmal vertiefend eingegangen.

9 Siehe die Fragebogendokumentation für die genaue Frageformulierung der einzelnen Items: Rattinger, Roßteutscher, Schmitt-Beck, Weißels: German Longitudinal Election Study – Vorwahl-Querschnitt, 10.08.-26.09.2009. GESIS, Köln: ZA5300, Version 5.0.0, doi: 10.4232/1.10997

Bei der ersten Gruppe der möglichen Variablen handelt es sich zunächst um Items, bei denen die Respondenten sich selbst und die jeweiligen Parteien beziehungsweise Kandidaten in Bezug auf Sachfragen und die ideologische Ausrichtung einordnen sollten. Die im Fragebogen enthaltenen Sachfragen betreffen die Positionen bezüglich der Steuerlast und sozialen Abgaben, Migration, sowie Kernenergie. Wie oben dargestellt bilden Positionsvariablen in allen bisherigen Studien einen zentralen Bestandteil, da anhand dieser Items am besten ermittelt werden kann, welche Partei den Interessen des Wählers objektiv am ehesten entspricht. Sie sollten daher in der Operationalisierung korrekter Wahlentscheidungen enthalten sein.

Insgesamt ist allerdings zu fragen, ob diese Variablen bereits als erschöpfend für das diskutierte Konzept angesehen werden können (siehe etwa Jessee 2009). Macht es also eventuell Sinn, lediglich die Sachfragenorientierungen als entscheidend für die Wahlentscheidung anzusehen? Richey (2008: 369-370) argumentiert in diesem Zusammenhang, dass es nicht ausreicht, ausschließlich diese Aspekte zu berücksichtigen, da damit die normative Implikation verbunden sei, dass Sachfragenorientierungen der einzige wahlentscheidende Faktor sein sollte:

„There are other political concerns that are rational, such as supporting a candidate from one's social groups, candidate competence and performance ability, and building a party by supporting a disliked candidate. The test of rationality must allow for these other considerations when testing the validity of vote choice. The voting correctly measure is sophisticated enough to handle these other concerns.“ (Richey 2008:369)

Die weiteren Items, die als zusätzliche Bestandteile der Operationalisierung infrage kommen, lassen sich in zwei Gruppen aufteilen, auf der einen Seite „konkrete“ Evaluationen, also Bewertungen, die sich explizit auf eine bestimmte Thematik beziehen, sowie auf der anderen Seite „allgemeine“ Evaluationen ohne einen solchen direkten Bezug. Konsistent mit der Überlegung von Richey (2008), sowie den weiteren, oben vorgestellten Studien, werden die konkreten Evaluationen ebenfalls berücksichtigt. Dabei ist zu beachten, dass auf Basis der Umfragedaten bereits eine differenzierte Betrachtung der Performanz der verschiedenen *Parteien* möglich ist. Dementsprechend muss nicht auf die, insbesondere in Anbetracht der vor der Bundestagswahl regierenden Großen Koalition (CDU/CSU und SPD), undifferenziertere allgemeine Regierungsperformanz zurückgegriffen werden. Desweiteren sei erwähnt, dass bei der Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung die *retrospektive* allgemeine und individuelle Entwicklung hinzugezogen wird. Zwar wurden auch Fragen bezüglich der Einschätzung der prospektiven Entwicklung und der aktuellen Lage gestellt. Es wird aber die retrospektive Beurteilung verwendet, da diese am besten den Evaluationsaspekt der bisherigen Regierung widerspiegelt.<sup>10</sup> In diesem Sinne wurde in der Befragung zu diesem Item auch die wahrgenommene Verantwortung der Regierung abgefragt, welche (wie im weiteren Verlauf beschrieben) in die Berechnung der Gesamtbewertung miteinbezogen wird.

Ob die allgemeinen Evaluationen gleichermaßen in der Gesamtbewertung zur Ermittlung der korrekten Wahlentscheidung enthalten sein sollten, ist aus theoretischer Perspektive weniger eindeutig. Besonders bei den Skalometern, also den Fragen nach der allgemeinen Haltung gegenüber einer Partei oder einem Politiker, besteht das Problem, dass es sich bei diesem Item bereits um eine zusammenfassende Bewertung durch den Respondenten handelt. Somit sind diese Fragen eher ungeeignet, um die Wahlentscheidung zu ermitteln, die am ehesten den jeweiligen individuellen Interessen entspricht. Es ist wahrscheinlich, dass sich dieses Item zu stark mit der tatsächlichen Wahlentscheidung überschneidet. Im Konzept korrekter Wahlentscheidungen soll die Partei als korrekt klassifiziert werden, die den Interessen des Respondenten am meisten entspricht. Wenn ein Item, das lediglich die allgemeine Haltung zu einer Partei

<sup>10</sup> Zudem konnten verschiedene Studien zeigen, dass retrospektive Orientierungen in Deutschland im Vergleich zu den aktuellen beziehungsweise prospektiven Einschätzungen am entscheidendsten sind (siehe dazu etwa Kellermann/Rattinger 2007).

beziehungsweise einem Kandidaten enthält, bei der entsprechenden Gesamtbewertung berücksichtigt wird, verliert das Konzept korrekter Wahlentscheidung an theoretischer Relevanz und sein Niveau wird potenziell überschätzt. Dementsprechend wurden die Skalometer in den bisherigen Studien (bspw. Lau et al. 2008b) auch nur dann berücksichtigt, wenn nur wenige andere Items zur Verfügung standen. Da in dem Datensatz der GLES wie dargestellt durchaus weitere Kategorien zur Ermittlung korrekter Wahlentscheidungen vorhanden sind, wird in den späteren Analysen auf die Skalometer als Bestandteil der Gesamtbewertung verzichtet.

Diese Argumentation lässt sich allerdings nicht im gleichen Maße auf die Parteiidentifikation übertragen. Zwar spricht die Tatsache, dass Lau und Redlawsk (2006) die Parteiidentifikation hauptsächlich bezüglich ihrer Wirkung als Heuristik betrachten, gegen eine Einbeziehung derselben in die Gesamtbewertung der einzelnen Kandidaten. Vergegenwärtigt man sich jedoch die Argumentation von Richey (2008, siehe oben) oder interpretiert die Parteiidentifikation insbesondere als retrospektive Bewertung der Parteienperformanz (vgl. Fiorina 1981), so lässt sich dieser Aspekt als notwendiger Bestandteil für die Ermittlung der korrekten Wahlentscheidungen nicht ignorieren. Die Entscheidung, die Parteiidentifikation somit als Kategorie zur Berechnung der Gesamtbewertungen mit einzubeziehen, ist darüber hinaus konsistent mit der Vorgehensweise in jeder hier vorgestellten Studie, die sich mit dem Konzept korrekter Wahlentscheidungen beschäftigt hat.

Dabei ist zu beachten, dass einzelne Items dieser Kategorien nicht für alle Parteien abgefragt wurden. Für die beiden Regierungsparteien (CDU/CSU und SPD) besteht die Gesamtbewertung demnach aus folgenden Kategorien: Parteiidentifikation, die Links-Rechts-Einstufung der Parteien, die Links-Rechts-Einstufung der Spitzenkandidaten, die Issuepositionen der Parteien, die Charaktereigenschaften der Spitzenkandidaten, die Parteienperformanz, die Problemlösungskompetenz und die Einschätzung der retrospektiven Wirtschaftsentwicklung. In der Gesamtbewertung für die kleineren Oppositionsparteien sind demgegenüber nur folgende Kategorien enthalten: die Parteiidentifikation, die Links-Rechts-Einstufung der Parteien, die Issuepositionen der Parteien, die Parteienperformanz und die Problemlösungskompetenz.

---

## 4.2 Recodierung der einzelnen Items

Nachdem zunächst die Auswahl der einzelnen Kategorien thematisiert wurde, sollen nun kurz die Recodierungen der einzelnen Items erläutert werden, bevor vertiefend auf die Zusammenfassung der einzelnen Kategorien zu den Gesamtbewertungen der Parteien eingegangen wird.

### Positionsvariablen

In den bisherigen Studien wird bei den Issuepositionen und der Links-Rechtseinstufung die Übereinstimmung mit den einzelnen Kandidaten anhand der direktionalen Methode von Rabinowitz und MacDonalds (1989) ermittelt und diese zur jeweiligen Gesamtbewertung hinzugefügt. Dabei ist allerdings zu beachten, dass nicht die individuell wahrgenommene Partei- beziehungsweise Kandidatenposition jeweils einzeln ausschlaggebend ist, sondern vielmehr eine „objektive“ Position der Alternativen ermittelt wird. Während in einzelnen Studien dafür Expertenbefragungen verwendet werden (vgl. etwa Baum/Jamison 2006), wird in einer Mehrheit der Analysen der Mittelwert der Einschätzung der Befragten mit hohem politischem Wissen als objektive Positionierung angenommen. Dementsprechend berücksichtigen Lau und Redlawsk (1997: 596-597) für die Mittelwertbildung alle Respondenten, die über dem Median der korrekt beantworteten Wissensfragen in der Befragung lagen. Im Rahmen der hier vorgestellten Operationalisierung wird ein ähnliches Verfahren angewendet. Allerdings waren mit lediglich zwei Wissensfragen in der Umfrage zur Bundestagswahl 2009 weit weniger Items zur Bestimmung des politischen Wissens verfügbar. Zusätzlich

wurde daher berücksichtigt, ob den Befragten bei den Skalometeritems zu einzelnen Politikern alle Personen, sowie bei den jeweiligen Links-Rechts-Einstufungen das Konzept „Links-Rechts“ bekannt waren beziehungsweise alle Parteien in diesem Kontinuum einordnen konnten. Sofern ein Respondent über diese Aspekte informiert war und er die beiden Wissensfragen richtig beantwortete, wurde er bei der Mittelwertbildung berücksichtigt. Dies traf für circa ein Drittel der Befragten zu.<sup>11</sup>

Eine der zentralsten Abweichungen von der Vorgehensweise von Lau und Redlawsk (1997), beziehungsweise den darauf aufbauenden Studien, besteht allerdings darin, dass in den hier durchgeführten Analysen nicht die direktionale Methode von Rabinowitz und Macdonald (1989) verwendet wird. Stattdessen wird die Distanz zwischen den Positionen des Respondenten und der Parteien berechnet.<sup>12</sup> Das direktionale Modell stellt sich aus verschiedenen Gründen als weniger geeignet heraus. Zwar handelt es sich bei der direktionalen Logik gegebenenfalls um eine realistischere Annäherung an die tatsächlichen Überlegungen eines Wählers (vgl. Macdonald et al. 1995; kritisch dazu Westholm 1997; Johnston et al. 2000). Andererseits ist zu betonen, dass Rabinowitz' und Macdonalds (1989: 94-95) Verständnis von Sachfragen als „symbolic politics“ nicht zu den theoretischen Überlegung der korrekten Wahlentscheidung passt. Für die korrekte Wahlentscheidung sollte die tatsächliche Position im Sinne von Policy-Alternativen entscheidend sein, und nicht, wie etwa beim direktionalen Modell, nur die Ausrichtung bezüglich einer Sachfrage und deren Intensität. Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit das Konzept im Rahmen von Mehrparteiensystemen sinnvoll ist, da nach der direktionalen Logik immer nur die beiden Parteien bevorzugt werden, die das betreffende Issue am intensivsten vertreten. Insbesondere ist dementsprechend die Anwendung der direktionalen Vorgehensweise bei Links-Rechts-Einstufungen problematisch, da nach dieser Logik eine Partei, die sich im Links-Rechts-Kontinuum in der Mitte positioniert, von keinem Wähler präferiert werden würde.

Zudem machen Lau und Redlawsk (1997) keine Aussage über eine Akzeptanzzone (siehe Rabinowitz/Macdonalds 1989:107-110). Es ist demnach anzunehmen, dass Lau und Redlawsk implizit jeweils die Positionen aller im Fragebogen berücksichtigten Parteien als akzeptabel ansehen. In Anbetracht all dieser Kritikpunkte am direktionalen Modell wird bei der hier vorgestellten Operationalisierung der Gesamtbewertungen die Distanz zwischen der Position des Respondenten und der Partei beziehungsweise des Kandidaten berechnet (vgl. etwa Downs 1957). Diese wird anschließend auf einen Wertebereich von -1 bis +1 recodiert. Dies liegt darin begründet, dass die Issuedistanzen mit der jeweiligen subjektiven Salienz gewichtet werden. Bei einem Wertebereich von -1 bis +1 hat die Gewichtung nach der Wichtigkeit der Sachfrage sowohl bei großen, als auch bei kleinen Distanzen einen plausiblen Effekt. Somit wird der negative Einfluss hoher Issuedistanzen auf die Gesamtbewertung abgeschwächt, sofern die Sachfrage als weniger wichtig angesehen wird. Demgegenüber ist der positive Einfluss einer starken Übereinstimmung zwischen dem Befragten und der entsprechenden Partei schwächer, wenn die Sachfrage weniger bedeutend ist, als wenn ihr eine große Bedeutung beigemessen wird. Da die Variable der subjektiven Salienz zuvor auf einen Wertebereich von 0 (völlig unwichtig) bis 1 (sehr wichtig) recodiert wurde, bleibt der Wertebereich der Issuedistanzen konstant.

---

11 Auf die Präsentation der genauen Positionen und ein Vergleich der Einschätzung zwischen den „Experten“ und dem gesamten Sample wird im Zusammenhang dieser Arbeit verzichtet. Einzig sei erwähnt, dass die Standardabweichung der Experteneinschätzungen meist geringer ist, als es beim gesamten Sample der Fall ist, was durchaus einen Beleg für die Sinnhaftigkeit dieser Vorgehensweise darstellt. Weitere Informationen zu den ermittelten „objektiven“ Positionen können auf Anfrage vom Autor bereitgestellt werden.

12 Siehe bezüglich der Diskussion zum direktionalen und dem proximity-Modell unter anderem Westholm 1997; Macdonald et al. 1995; Lewis/King 1999; Johnston et al. 2000 und Singh 2010.

## Konkrete Evaluationen

Der Wertebereich der vier Zustimmungsisems zu den Charaktereigenschaften der beiden Spitzenkandidaten Merkel und Steinmeier wird jeweils auf den Bereich von -1 (negative Bewertung) bis +1 (positive Bewertung) umgewandelt. Die Items zur Performanz der einzelnen Parteien erhalten einen Wertebereich von -1 (völlig unzufrieden) bis +1 (völlig zufrieden). Bei dem Item zur Lösungskompetenz wurden die Respondenten gefragt, welche Partei am besten geeignet sei, das ihrer Meinung nach wichtigste Problem zu lösen. Daher wurde bei der Partei, die explizit als am besten geeignet genannt wurde, in der entsprechenden Gesamtbewertung der Wert 1 berücksichtigt, und den übrigen Parteien der Wert -1 zugewiesen. Falls keine Partei als am besten geeignet angesehen wurde, erhielten alle Parteien in den Gesamtbewertungen den Wert 0. Die Variablen zur Einschätzung der eigenen und allgemeinen retrospektiven wirtschaftlichen Entwicklung werden auf einen Wertebereich von -1 (wesentlich schlechter geworden) bis +1 (wesentlich besser geworden) recodiert. Diese Variablen werden zudem mit der jeweiligen subjektiven Regierungsverantwortung gewichtet, welche zuvor auf einen Wertebereich von 0 (überhaupt nicht) und 1 (sehr stark) übertragen wurde. Dementsprechend haben die Ausgangsvariablen ebenfalls einen Wertebereich von -1 bis +1.

## Parteiidentifikation

Um die Parteiidentifikation zu berücksichtigen, wurde in den Gesamtbewertungen für die Partei, mit der sich der Respondent identifiziert, der Wert +1, sowie den übrigen Parteien der Wert -1 zugewiesen. Bei fehlender Parteiidentifikation wird der Wert 0 für alle Parteien zugewiesen. Diese Vorgehensweise ist konsistent mit der ursprünglichen Vorgehensweise von Lau und Redlawsk (1997: 569).

Ein Aspekt, der von der ursprünglichen Konzeptualisierung abweicht, betrifft die Gewichtung der Parteiidentifikation. Lau und Redlawsk (1997: 596, 2008a: 408) gewichteten die Parteiidentifikation mit der angegebenen Stärke der Parteiidentifikation. Darauf wird hier verzichtet, da die Stärke der Parteiidentifikation ebenfalls als wichtige Determinante korrekter Wahlentscheidungen angeführt wird. In der vorliegenden Arbeit werden somit, im Gegensatz zu den bisherigen Studien, Items, die Determinanten korrekter Wahlentscheidungen darstellen, klar von denjenigen Items getrennt, die als Bestandteil der Gesamtbewertungen in die Ermittlung der korrekten Wahlentscheidung einfließen.

---

## 4.3 Zusammenfassung der Items zu Gesamtbewertungen

Lau et al. (2008a: 400-401) schlagen verschiedene Methoden zur Zusammenfassung der einzelnen Items zu den Gesamtbewertungen vor. So sei entweder die Zusammenfassung durch Mittelwertbildung oder durch Aufsummieren der einzelnen Items möglich. Zudem bestehe die Möglichkeit, die Items ungewichtet einfließen zu lassen oder alternativ eine „implizite Gewichtung“ zu berücksichtigen. Die implizite Gewichtung soll die jeweilige relative Wichtigkeit der einzelnen Kategorien abbilden. Sie wird durch den Anteil der Items einer Kategorie ermittelt (bspw. bzgl. der Charaktereigenschaften der Spitzenkandidaten), die vom jeweiligen Respondenten beantwortet wurden (vgl. Lau et al. 2008a: 399). Wenn also ein Befragter bei den Charaktereigenschaften der Spitzenkandidaten nur drei von sechs Fragen beantwortet, so werden die entsprechenden Bewertungen mit dem Faktor 0.5 gewichtet. Dahinter steht die Annahme, dass dem Respondenten die Informationstypen beziehungsweise Bewertungskategorien weniger wichtig ist, wenn er dazu eine geringere Antwortbereitschaft zeigt. Die Autoren selbst (ebd.) verwenden bei ihren späteren Analysen die additive Methode mit impliziter Gewichtung.

Da die vorgestellten Items teilweise nur für die Regierungsparteien abgefragt wurden (bspw. die Charaktereigenschaften der Spitzenkandidaten) und somit die Gesamtbewertungen unterschiedlicher Parteien auf einer abweichenden Zahl an Items beruhen, kommt für die Operationalisierung für den deutschen Kontext nur die Berechnung durch Mittelwertbildung infrage. Diese Vorgehensweise hat neben der Tatsache, dass der Umgang mit fehlenden Werten weniger problematisch ist, einen weiteren entscheidenden Vorteil: Bei der additiven Methode wird jedes Item einzeln zu der Gesamtbewertung hinzuaddiert. Dementsprechend haben Kategorien, die in mehreren Fragen abgefragt wurden (bspw. mehrere Sachfragen) einen größeren Einfluss auf die Gesamtbewertung als Kategorien, die in nur einer Frage erhoben werden (bspw. Parteiidentifikation). Um aber eine größere Vergleichbarkeit insbesondere zwischen verschiedenen Umfragen zu ermöglichen, ist es ratsam, zunächst die Mittelwerte innerhalb der einzelnen Kategorien zu bilden, und erst im Anschluss daran die Gesamtbewertung zu bilden. Auf diese Weise haben die einzelnen Kategorien (Sachfragen, Charaktereigenschaften usw.) auch in unterschiedlichen Befragungen eine konstante relative Gewichtung. Andernfalls wäre die relative Gewichtung, wie oben beschrieben, abhängig von der Itemanzahl der jeweiligen Kategorie. Bei der hier vorgestellten Operationalisierung wird eine solche zweistufige Mittelwertbildung durchgeführt,<sup>13</sup> wobei gegebenenfalls bestehende Missings jeweils ignoriert werden.

Bei der Bildung der Gesamtbewertungen für die einzelnen Parteien werden folgende Kategorien mit der beschriebenen impliziten Gewichtung versehen: die Links-Rechts-Distanz zu den Parteien und den Politikern, die Einschätzungen der Charaktereigenschaften der Spitzenkandidaten und die Parteienperformanz. Die einzelnen Issues werden wie oben beschrieben durch die jeweilige Salienz und die retrospektive Wirtschaftsentwicklung durch die zugeschriebene Verantwortlichkeit gewichtet, weshalb auf eine zusätzliche *implizite* Gewichtung verzichtet wird. Bei der Parteiidentifikation sowie der Problemlösungskompetenz handelte es sich jeweils nur um eine Frage, weshalb keine implizite Gewichtung möglich ist.

Bei der Zusammenfassung ist noch zu beachten, dass für die Kategorien der Links-Rechts-Distanz zu den Parteien, die Issue-Distanzen und die Parteienperformanz, die Berechnung für CDU und CSU zunächst getrennt durchgeführt wurde. Bei Respondenten aus Bayern fließen die Distanzen beziehungsweise Bewertungen für die CSU in die Gesamtbewertung der CDU/CSU ein. In den restlichen Bundesländern war die CDU entscheidend. Die übrigen Kategorien unterscheiden sich in der Gesamtbewertung der CDU/CSU in Bayern und den restlichen Bundesländern nicht.

Insgesamt lässt sich die Bildung der Gesamtbewertung dementsprechend wie folgt zusammenfassen. Zunächst wurden die einzelnen Informationstypen ausgewählt, die für die Bestimmung einer korrekten Wahlentscheidung berücksichtigt werden. Alle Items, die für die Gesamtbewertung hinzugezogen werden sollen, erhielten einen einheitlichen Wertebereich von -1 bis +1. Sofern innerhalb einer Kategorie für jede Partei mehrere Items zu Verfügung standen (wie etwa im Fall der Charaktereigenschaften der Spitzenkandidaten), wurden zunächst die Items der jeweiligen Kategorien durch Mittelwertbildung zusammengefasst. Für den Fall, dass die einzelnen Items nicht schon durch die subjektive Salienz (Issuedistanzen) beziehungsweise die Regierungsverantwortlichkeit (Wirtschaftsentwicklung) gewichtet wurden, erhielten die einzelnen Kategorien zudem eine implizite Gewichtung. Anschließend wurde die Gesamtbewertung für jede Partei durch Mittelwertbildung der einzelnen Bewertungen innerhalb der Kategorien berechnet. Wie oben bereits beschrieben, ist dabei zu beachten, dass einzelne Items oder Kategorien, die für Respondenten fehlende Werte aufwiesen, jeweils bei den Mittelwertbildungen ignoriert wurden. Dabei wird die implizite Annahme getroffen, dass Informationstypen, für die ein Respondent keine Angaben macht, für den Befragten keine Rolle im jeweiligen Entscheidungsprozess haben sollte. Wenn ein Respondent beispielsweise nicht bereit ist, Angaben zu den Charaktereigenschaften einzelner Spitzenkandidaten zu machen,

<sup>13</sup> Lau et al. (2008a) machen keine genaue Angabe, wie sie den Mittelwert zur Gesamtbewertung berechnen. Es lässt sich allerdings vermuten, dass sie lediglich den Mittelwert aller einzelnen Items bilden, wodurch das oben beschriebene Problem bestehen bleibt.

so ist nicht davon auszugehen, dass diese Aspekte für die Ermittlung der korrekten Wahlentscheidung relevant sind. Die Berechnung erfolgt demnach auf Basis aller verfügbaren Informationen der oben beschriebenen Kategorien. Es wird allerdings nicht vorausgesetzt, dass der Befragte tatsächlich Angaben zu jedem Informationstyp macht, um seine korrekte Wahlentscheidung zu bestimmen.

Anschließend wird aus den individuellen Gesamtbewertungen der einzelnen Parteien die Variable der korrekten Wahlentscheidung gebildet. Diese nimmt den Wert 1 an, wenn die tatsächliche Wahlabsicht beziehungsweise die abgegebene Briefwahl der Partei entspricht, die bei der Gesamtbewertung den größten Wert hatte. Berücksichtigt werden nur die fünf im Bundestag vertretenen Parteien, was dementsprechend auch für alle folgenden Analysen gilt. Zudem ist zu beachten, dass ein Fall gelöscht werden musste, da er mit mehreren Parteien, die den maximalen Wert aufwiesen, nicht eindeutig zugeordnet werden konnte. Die gleichen Gesamtbewertungen in diesem Fall wurden auch durch eine sehr geringe Antwortbereitschaft bei den einzelnen Items verursacht. Dabei ist zu betonen, dass der Fall aufgrund von fehlenden Werten bei den erklärenden Variablen ohnehin nicht in den Analysen berücksichtigt worden wäre.

---

#### 4.4 Strategisches (Koalitions-)Wählen als korrekte Wahlentscheidung?

In verschiedenen Studien konnte gezeigt werden, dass es auch in proportionalen Wahlsystemen Anreize gibt, aufgrund von strategischen Erwägungen von der am meisten präferierten Partei abzurücken und eine andere Partei zu wählen (vgl. Cox 1997; Gschwend 2004a, 2004b). In der Literatur wird insbesondere betont, dass dabei die Koalitionspräferenz einen entscheidenden Faktor bei der Wahlentscheidung darstellt (vgl. Blais et al. 2006; Herrmann 2008). Eine der möglichen strategischen Überlegungen besteht darin, statt dem größeren Koalitionspartner, der die Erstpräferenz darstellt, die Stimme dem gewünschten kleineren Koalitionspartner zu geben, damit dieser mit Sicherheit im Parlament vertreten wird (siehe für den deutschen Kontext: Shikano et al. 2009). So kommen etwa Byztek und Huber (2011) für die Bundestagswahl 2009 zu dem Ergebnis, dass eine Präferenz für eine Schwarz-Gelbe Koalition (CDU/CSU und FDP) die Wahrscheinlichkeit erhöht, die FDP statt der CDU/CSU zu wählen. Gleichzeitig kann gezeigt werden, dass eine Präferenz für eine Rot-Grüne Koalition (SPD und Grüne) dazu führt, dass mit einer größeren Wahrscheinlichkeit die Grünen statt der SPD gewählt werden.

Dieser Aspekt soll im Gegensatz zu den bisherigen Studien ebenfalls Bestandteil der Operationalisierung sein. Dementsprechend wird der Dummy-Variable „korrekte Wahlentscheidung“ der Wert 0 statt 1 zugewiesen, sofern die Schwarz-Gelbe Koalition am meisten präferiert wird und die CDU/CSU die höchste Gesamtbewertung hatte, aber dennoch die Wahlabsicht für die FDP geäußert wurde. Gleiches gilt für Fälle, bei denen die Rot-Grüne Koalition am meisten präferiert wurde und die SPD die höchste Gesamtbewertung aufwies, aber bei der Frage nach der Wahlabsicht die Grünen angegeben wurden. Insgesamt wurde so für 68 zusätzliche Respondenten eine korrekte statt einer inkorrekten Wahlentscheidung angenommen, da für sie die oben genannten Kriterien einer strategischen Wahl zutrafen. Freilich sind noch weitere Abweichungen von einer Erstpräferenz im Sinne strategischer Erwägungen denkbar. Allerdings besteht immer die Gefahr, dass Wahlentscheidungen fälschlicherweise als korrekt klassifiziert werden, weil zu Unrecht ein strategisches Kalkül unterstellt wird. In diesem Sinne stellt die hier vorgestellte Vorgehensweise eine konservative Miteinbeziehung strategischen Wählens in das Konzept korrekter Wahlentscheidungen dar. Während diese Operationalisierung im Rahmen der vorliegenden Arbeit ausreichend ist, sind prinzipiell weitere Veränderungen zur Berücksichtigung strategischer Erwägungen denkbar. So kann in folgenden Studien darüber nachgedacht werden, wie die unterschiedlichen strategischen Anreize gegebenenfalls allgemeiner modelliert und in das Konzept integriert werden können. In der vorliegenden Arbeit muss sich die Konzeptualisierung des strategischen Wählens allerdings auf diese einzelnen Fälle be-



schränken, auch um zu verhindern, dass das Ausmaß korrekter Wahlentscheidungen fälschlicherweise überschätzt wird.

---

## 5 Empirische Analysen

Nachdem nun die Beschreibung und Herleitung der Operationalisierung korrekter Wahlentscheidungen abgeschlossen wurde, soll in diesem Abschnitt die Validität des Konzepts für den deutschen Kontext anhand der theoretischen Annahmen geprüft werden.

---

### 5.1 Vergleich der Operationalisierungsmethoden und erste deskriptive Analysen

Bei der Beschreibung der Kategorien, die in die Berechnung der Gesamtbewertung der einzelnen Parteien einfließen, wurde deutlich, dass prinzipiell verschiedene Möglichkeiten zur Operationalisierung der korrekten Wahlentscheidung denkbar sind. Zwar wurde bereits theoretisch argumentiert, dass die Berechnung auf Basis der Positionsvariablen, den konkreten Evaluationen und der Parteiidentifikation am sinnvollsten ist. Dennoch sollen in einem ersten Schritt der Validierung zunächst drei verschiedene Varianten der Variable „korrekte Wahlentscheidung“ gegenübergestellt werden. In Tabelle 2 wird in der ersten Spalte die korrekte Wahlentscheidung auf Basis der Positionsvariablen abgetragen. In der zweiten Spalte ist die oben vorgeschlagene Vorgehensweise abgebildet. Dabei werden zusätzlich die konkreten Evaluationen und die Parteiidentifikation berücksichtigt. In der letzten Spalte ist die Operationalisierung inklusive der Skalometervariablen verzeichnet.

Vergleicht man in einem ersten Schritt die Gesamtanteile korrekter Wahlentscheidungen, so fällt auf, dass mit der Hinzunahme weiterer Kategorien das Ausmaß korrekter Wahlentscheidungen im Elektorat zunimmt. Während auf Basis reiner Sachfragenpräferenzen und Links-Rechts-Einstufung nur 56.15 Prozent der Wähler eine korrekte Wahlentscheidung treffen, liegt dieser Wert bei der umfassenderen Operationalisierung inklusive konkreter Evaluationen und der Parteiidentifikation bei 84.52 Prozent. Werden zusätzlich die Skalometer hinzugezogen, steigt der Anteil knapp um weitere drei Prozentpunkte. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Anteile korrekter Wahlentscheidungen in Ostdeutschland bei jeder Berechnungsmethode ein niedrigeres Niveau aufweisen als in Westdeutschland. Dementsprechend ist es ratsam, in den folgenden Analysen für diesen Aspekt zu kontrollieren.

Tabelle 2: Anteile korrekter Wahlentscheidungen

<i>Berücksichtigte Kategorien</i>	Positionierungen	+ „Konkrete“ Evaluationen und Parteiidentifikation	+ Skalometer
<i>Gesamt</i>	56.15%	84.52%	87.03%
Ost	54.18%	81.81%	84.44%
West	56.67%	85.08%	87.52%
<i>N</i>	1435	1440	1440
<i>Unterteilt nach Sicherheit der Wahlabsicht/Wahlentscheidung</i>			
sehr/eher unsicher	48.36%	69.05%	76.06%
ziemlich sicher	51.90%	81.39%	84.06%
ganz sicher	62.88%	91.37%	92.94%
<i>N</i>	1424	1428	1428
<i>Kendalls Tau-b</i>	.1057	.1889	.1776
<i>Standardfehler</i>	.026	.024	.024

*Anmerkungen:* Angegeben werden die Anteile korrekter Wahlentscheidungen unterteilt nach verschiedenen Operationalisierungsarten. Prozentwerte unter Berücksichtigung des Transformations- und des Ost-West-Gewichts. Prozentwerte sind auf zwei Nachkommastellen gerundet. Die Kategorien des Items zur Sicherheit der Wahlabsicht „sehr unsicher“ und „eher unsicher“ werden zusammengefasst, da die Fallzahl der Kategorie „sehr unsicher“ zu gering für eine differenzierte Betrachtung ist.

Um nun die theoretische Entscheidung für die zweite Operationalisierung auch empirisch zu untermauern, wird im zweiten Teil der Tabelle der Zusammenhang mit der subjektiven Sicherheit der Wahlabsicht abgebildet. So ist zu erwarten, dass der Anteil korrekter Wahlentscheidungen höher ist, wenn die Respondenten sich bei ihrer Entscheidung sicher sind. Betrachtet man die in Tabelle 2 abgetragenen Verteilungen sowie die entsprechenden Zusammenhänge anhand von Kendalls Tau-b, so wird diese Erwartung für jede Operationalisierung bestätigt. Dieses Ergebnis spricht bereits für die Validität des allgemeinen Konzepts korrekter Wahlentscheidungen. Darüber hinaus kann festgestellt werden, dass der Zusammenhang mit der Sicherheit der Wahlabsicht für die zweite Operationalisierung am stärksten ist. Dieser Befund bestätigt die Entscheidung für eine Berechnung der Gesamtbewertungen unter Berücksichtigung der konkreten Evaluationen sowie der Parteiidentifikation.

Nachdem die vorgeschlagene Konzeptualisierung korrekter Wahlentscheidungen auch empirische Unterstützung findet, stellt sich die Frage nach den Auswirkungen falscher Wahlentscheidungen auf die Stimmenverteilung im Elektorat. In Tabelle 2 konnte auf Basis der hier verwendeten Konzeptualisierung ein Anteil korrekter Wahlentscheidungen von 84.52 Prozent festgestellt werden. Es stellt sich aber die Frage, ob es zu Verschiebungen der Stimmenverteilung im Aggregat kommen würde, wenn man annimmt, dass nur korrekte Wahlentscheidungen getroffen werden. Aus diesem Grund wird in Tabelle 3 die Stimmenverteilung auf Basis der tatsächlichen Wahlabsicht mit der hypothetischen Stimmenverteilung bei korrekten Wahlentscheidungen verglichen. Dabei ist zu beachten, dass die in der dichotomen Variable „korrekte Wahlentscheidung“ enthaltene strategische Komponente hier nicht berücksichtigt werden kann.

**Tabelle 3: Vergleich der relativen Stimmenanteile der tatsächlichen Wahlabsicht (inkl. Briefwahl) mit der korrekten Wahlentscheidung**

<i>Partei</i>	<i>Beabsichtigte Stimmenabgabe und Briefwahl</i>	<i>Korrekte Wahlentscheidung</i>
CDU/CSU	34.02%	37.36%
SPD	25.76%	25.68%
Bündnis90/Die Grünen	12.72%	11.33%
FDP	11.80%	10.69%
Die Linke	15.70%	14.94%
<i>N</i>	1440	1440

*Anmerkungen:* Berücksichtigt werden nur die fünf großen Parteien. Prozentwerte unter Berücksichtigung des Transformations- und des Ost-West-Gewichts. Werte sind auf zwei Nachkommastellen gerundet.

Dabei wird deutlich, dass die Abweichung bei vollständig korrekten Wahlentscheidungen gegenüber der tatsächlichen Wahlabsicht relativ gering ausfällt. Trotz der Tatsache, dass ca. 15 Prozent der Wähler nicht die korrekte Partei gewählt haben sind nur leichte Veränderungen festzustellen. Dieses Ergebnis lässt darauf schließen, dass sich die neu zugeordneten inkorrekten Wahlentscheidungen im Aggregat teilweise aufheben und die Veränderung der relativen Stimmenverteilung im Elektorat somit geringer ausfällt. Insgesamt gewinnt die CDU/CSU etwa drei Prozentpunkte, während die übrigen Parteien geringe Stimmverluste verzeichnen. Diese Verschiebungen spiegeln in gewisser Weise die Ergebnisse von Bartels (1996) und Bhatti (2010) wider, die ebenfalls eine höhere Unterstützung für konservative Parteien in einem vollständig informierten Elektorat ermitteln.

## 5.2 Determinanten korrekter Wahlentscheidungen

Nachdem ausführlich auf die Verteilung korrekter Wahlentscheidungen eingegangen wurde, sollen im letzten Schritt die Determinanten korrekter Wahlentscheidungen untersucht werden, um die vorgeschlagene Konzeptualisierung anhand der Hypothesen zu validieren.

Die erste Hypothese besagt, dass politische Motivation einen wichtigen Einflussfaktor darstellt, der die Wahrscheinlichkeit einer korrekten Wahlentscheidung beeinflussen sollte. Je größer die subjektive Bedeutung der Wahl ist, desto mehr Ressourcen und Zeit sollte ein Respondent investieren, um eine korrekte Entscheidung zu treffen. Das entsprechende Item, dass für die Messung der politischen Motivation herangezogen werden soll, wird wie folgt abgefragt: „Wie wichtig ist es Ihnen persönlich, wie die kommende Bundestagswahl ausgeht? Sehr wichtig, eher wichtig, teils/teils, eher unwichtig oder vollkommen wichtig?“ Die entsprechende Variable hat demnach einen Wertebereich von „vollkommen unwichtig“ (0) bis „sehr wichtig“ (4).

Als zweites Validitätskriterium wurde die Hypothese aufgestellt, dass politische Expertise die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen erhöht. Je mehr Informationen eine Person über politische Zusammenhänge etc. hat, desto eher ist er in der Lage, die Partei zu wählen, die tatsächlich seinen Interessen entspricht. Als Maß für das politische Wissen wurden die beiden Wissensitems aus dem Fragebogen zu einem additiven Index zusammengefasst. Die Respondenten wurden gefragt, ob die Zweitstimme oder die Erststimme für die Sitzverteilung im Bundestag entscheidend sei. Zudem mussten sie beantworten, ab wie viel Prozent der Stimmen eine Partei auf jeden Fall Abgeordnete in den Bundestag entsenden kann. Der aus diesen Items konstruierte Index hat dementsprechend einen Wertebereich von 0 (beide Fragen falsch beantwortet bzw. „weiß nicht“ angegeben) bis 2 (beide Fragen korrekt beantwortet).

Dabei ist zu beachten, dass dieses Item nicht wirklich das konkrete politische Wissen über die entsprechende Wahlkampagne darstellt. Vielmehr stellt es das allgemeine Wissen über das politische System dar. Es lässt sich allerdings annehmen, dass das allgemeine politische Wissen eine ausreichende Proxyvariable für das Informationsniveau der Respondenten darstellt. Ein weiteres potenzielles Problem stellt die Tatsache dar, dass der additive Index lediglich aus zwei dichotomen Variablen besteht. Leider verfügt der verwendete Datensatz nicht über zusätzliche Wissensitems, wodurch keine umfassendere Konzeptualisierung möglich ist. Es könnte jedoch zusätzlich in Betracht gezogen werden, ob den Respondenten die Parteipositionen im Links-Rechts-Kontinuum oder für einzelne Sachfragen bekannt ist. Eine solche Methode wurde, wie oben beschrieben, bei der Ermittlung der objektiven Parteipositionen verwendet. Allerdings wurde bei der Operationalisierung der unabhängigen Variable „Politisches Wissen“ darauf verzichtet. Ein Grund dafür ist, dass der Effekt auf die Wahrscheinlichkeit einer korrekten Wahl gegebenenfalls an theoretischer Relevanz verliert, wenn das Wissen über die Parteipositionen Teil der Konzeptualisierung der unabhängigen Variable ist: Es stellt sich die Frage ob die Beobachtung, dass Befragte, die die Positionen der Parteien nicht kennen, eine geringere Wahrscheinlichkeit haben, für eine Partei zu stimmen, die ihrer Position entspricht, tatsächlich als Validitätskriterium für die Konzeptualisierung korrekter Wahlentscheidungen anzusehen wäre. Insgesamt sei allerdings erwähnt, dass die Messung des politischen Wissens ein Aspekt ist, dem in weiteren Analysen eine besondere Beachtung geschenkt werden sollte.<sup>14</sup>

Die dritte Hypothese, die zum Test der Validität des Konzepts „Correct Voting“ aufgestellt wurde, besagt, dass die Nutzung von Heuristiken die Wahrscheinlichkeit einer korrekten Wahl positiv beeinflussen sollte. Eine zentrale Heuristik zur Entscheidungsfindung im politischen Diskurs ist die Parteiidentifikation (vgl. Lau/Redlawsk 2001). Dementsprechend ist zu erwarten, dass Respondenten mit einer stärkeren Parteiidentifikation eher in der Lage sind, die Partei zu wählen, die ihren tatsächlichen Interessen entspricht. Im Vorwahlquerschnitt der GLES wurde die Stärke der Parteiidentifikation mit folgendem Item abgefragt: „Wie stark oder wie schwach neigen Sie – alles zusammengenommen – dieser Partei zu: sehr stark, ziemlich stark, mäßig, ziemlich schwach oder sehr schwach?“ Die Werte dieser Variable wurden mit Respondenten ergänzt, die keine Parteiidentifikation aufwiesen, sodass die Variable einen Wertebereich von 0 (keine Parteiidentifikation) bis 5 (sehr starke Parteiidentifikation) aufweist.

Als weitere Kontrollvariablen werden, wie bereits oben erwähnt, eine dichotome Variable für das Geschlecht des Respondenten, das Alter und ein Dummy für ost- beziehungsweise westdeutsche Befragte berücksichtigt. Darüber hinaus wurde eine Variable für die Kirchengangshäufigkeit miteinbezogen, deren Wertebereich von 0 (nie) bis 7 (öfter als einmal in der Woche) reicht. Auf das Einkommen als Kontrollvariable wird aufgrund der geringen Antwortbereitschaft verzichtet. Stattdessen werden, vergleichbar mit der Vorgehensweise von Hines (2006), Dummies für die subjektive Schichtzugehörigkeit berücksichtigt. Diese dichotomen Variablen geben an, ob die Befragten ihre subjektive Schichtzugehörigkeit als Arbeiter-/Unterschicht beziehungsweise obere Mittelschicht/Oberschicht angeben. Die Referenzkategorie bildet somit die angegebene Zugehörigkeit zur (unteren) Mittelschicht. Zur Berücksichtigung der allgemeinen Schulbildung wurde eine dichotome Variable gebildet, die angibt, ob der Befragte die allgemeine Hochschulreife erreicht hat.

In diesem Sinne werden in Tabelle 4 die Ergebnisse verschiedener logistischer Regressionen vorgestellt. Die abhängige Variable bildet dabei jeweils die dichotome Variable der korrekten Wahlentscheidung. Es handelt sich jeweils um genestete Modelle mit konstanten Fallzahlen.

<sup>14</sup> Für eine weitere Diskussion der Frage der Messung politischen Wissens, siehe u.a. Delli Carpini/Keeter (1993), Mondak (1999, 2001), Mondak/Davis (2001) und Miller/Orr (2008).

Tabelle 4: Logistische Regression: Determinanten korrekter Wahlentscheidungen

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
<i>Soziodemographische Faktoren</i>					
Geschlecht (Männlich)	-0.147 (0.179)	-0.197 (0.181)	-0.246 (0.184)	-0.181 (0.186)	-0.283 (0.190)
Alter	0.002 (0.005)	0.001 (0.005)	0.003 (0.005)	-0.000 (0.005)	0.001 (0.005)
Wohnort (Westdeutschland)	0.122 (0.186)	0.118 (0.185)	-0.026 (0.183)	-0.031 (0.196)	-0.144 (0.193)
Kirchgangshäufigkeit	0.103 (0.075)	0.099 (0.075)	0.121 (0.074)	0.070 (0.080)	0.080 (0.078)
Arbeiter-/Unterschicht	-0.412* (0.195)	-0.327 (0.200)	-0.352 (0.198)	-0.331 (0.207)	-0.252 (0.210)
Obere Mittelschicht/Oberschicht	0.347 (0.490)	0.306 (0.481)	0.270 (0.486)	0.317 (0.488)	0.273 (0.477)
Abitur	0.169 (0.247)	0.112 (0.250)	0.092 (0.252)	0.033 (0.250)	-0.044 (0.257)
<i>Motivation</i>					
Wichtigkeit Wahlausgang		0.263* (0.104)			0.124 (0.108)
<i>Politische Expertise</i>					
Politisches Wissen			0.523*** (0.122)		0.382** (0.125)
<i>Heuristiken</i>					
Stärke Parteiidentifikation				0.396*** (0.049)	0.368*** (0.050)
Konstante	1.650*** (0.333)	1.015* (0.423)	1.064** (0.361)	0.827* (0.355)	0.173 (0.429)
N	1260	1260	1260	1260	1260
McFaddens Pseudo-R <sup>2</sup>	0.015	0.024	0.038	0.080	0.095

\*  $p < .05$ , \*\*  $p < .01$ , \*\*\*  $p < .001$

*Anmerkungen:* Die abhängige Variable ist die dichotome Variable „Korrekte Wahlentscheidung“; abgebildet werden unstandardisierte Regressionskoeffizienten; Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet; alle Analysen unter Berücksichtigung des Transformations- und des Ost-West-Gewichts. Standardfehler in Klammern.

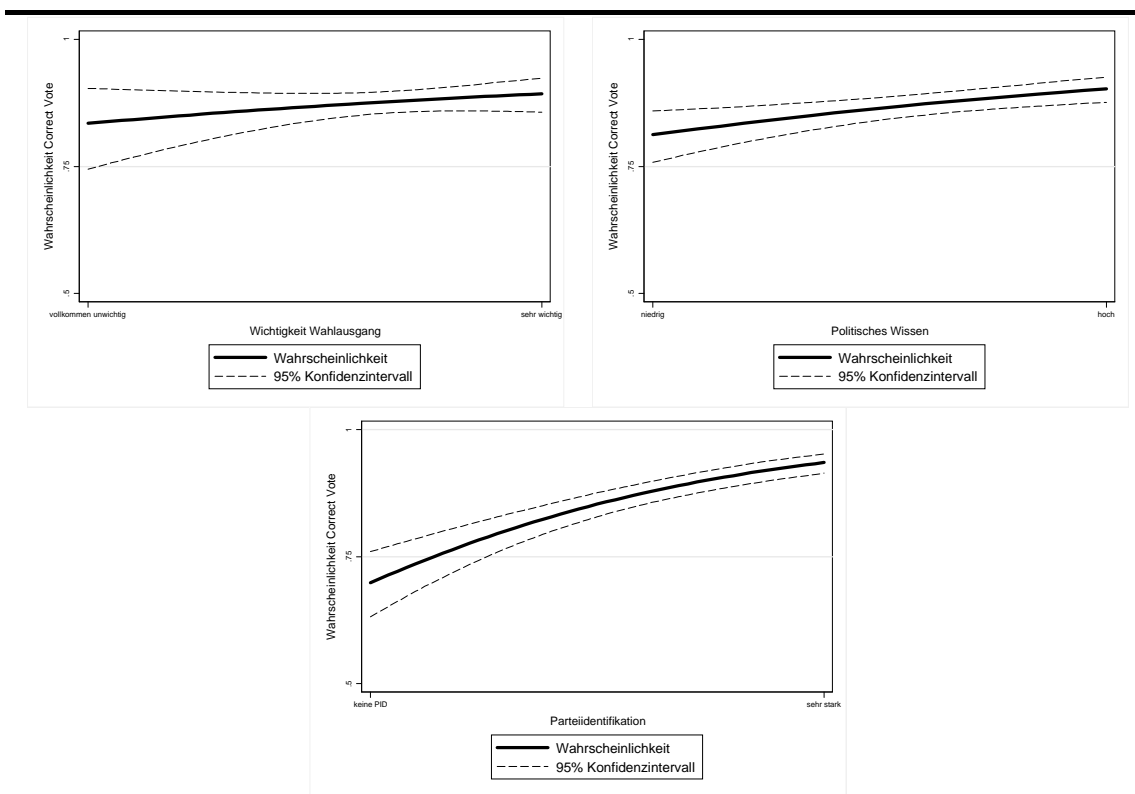
In Modell 1 werden in einem ersten Schritt die soziodemographischen Kontrollvariablen eingeführt. In diesem Modell erreicht lediglich die Dummy-Variable zur Arbeiter- beziehungsweise Unterschicht ein statistisch signifikantes Niveau, wobei diese Variable in den übrigen Modellen nicht signifikant ist. In Modell 2 bis 4 werden die Determinanten, die in den Hypothesen erarbeitet wurden, einzeln in das Modell eingefügt. Dabei haben sowohl die subjektive Wichtigkeit des Wahlausgangs, das politische Wissen, sowie die Stärke der Parteiidentifikation einen signifikanten positiven Effekt. Wenn man die Veränderung des Pseudo-R<sup>2</sup> zwischen Modell 1 und den Modellen 2 bis 4 vergleicht, so fällt zudem auf, dass die Stärke der Parteiidentifikation die Erklärungskraft des Modells im Vergleich zu den anderen Determinanten erheblich erhöht. Dies lässt auf die große Bedeutung der Parteiidentifikation und damit von Heuristiken für die Qualität der Wahlentscheidung schließen. In Modell 5 werden alle Determinanten gleichzeitig berücksichtigt. Sowohl das Politische Wissen, als auch die Stärke der Parteiidentifikation haben weiterhin einen signifi-

kanten positiven Effekt. Die Variable der Wichtigkeit des Wahlausgangs erreicht kein statistisch signifikantes Niveau mehr. Die Richtung des Zusammenhangs ist allerdings weiterhin konsistent mit den Erwartungen.

Eine mögliche Erklärung für die Tatsache, dass die Wichtigkeit des Wahlausgangs im Gesamtmodell kein signifikantes Niveau mehr erreicht, ist, dass sowohl das politische Wissen, als auch die Wichtigkeit des Wahlausgangs durch das politische Interesse beeinflusst werden und beide Variablen somit relativ stark korrelieren (Pearson's  $r = .302$ ,  $p < .001$ ). Dementsprechend ist ein möglicher Auslöser der großen Standardfehler des Effekts der Wichtigkeit des Wahlausgangs deren potenzielle Multikollinearität mit dem politischen Wissen. Es sei allerdings erwähnt, dass die Stärke der Korrelation zwischen beiden Variablen kein wirklich bedenkliches Niveau erreicht und Multikollinearität im Allgemeinen nicht zu einem Bias sondern lediglich zu höheren Standardfehlern führt (siehe etwa Fox 2008: 307-329 für einen kurzen Überblick).

Um eine bessere Interpretation der Ergebnisse in Modell 5 zu ermöglichen, werden in Abbildung 2 die Änderungen der Wahrscheinlichkeiten korrekter Wahlentscheidungen abgebildet. Dabei handelt es sich jeweils um den Effekt einer unabhängigen Variable, die zwischen ihrem minimalen und dem maximalen Wert variiert, wobei die anderen Variablen konstant auf ihrem Mittelwert gehalten werden.

**Abbildung 2: Änderungen der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten korrekter Wahlentscheidungen**



*Anmerkungen:* Angegeben werden die Änderungen der Wahrscheinlichkeiten korrekter Wahlentscheidungen für die drei zentralen unabhängigen Variablen. Die Berechnungen basieren auf Modell 5 in Tabelle 4, wobei die übrigen (Kontroll-)Variablen auf ihrem Mittelwert konstant gehalten werden.

Wenn ein Wähler den Wahlausgang dementsprechend statt als „vollkommen unwichtig“ als „sehr wichtig“ erachtet, so erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer korrekten Wahl nur marginal und nicht statistisch signifikant. Beim politischen Wissen ist hingegen durchaus ein signifikanter Effekt zu erkennen. Die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen steigt mit zunehmendem Wissen von ca. 80 Prozent auf ca. 85 Prozent. Ein Wähler, der sich sehr stark zu einer Partei hingezogen fühlt, trifft mit einer knapp 30 Prozentpunkten höheren Wahrscheinlichkeit eine korrekte Wahlentscheidung als eine Person, die sich mit keiner Partei identifiziert. Die Parteiidentifikation hat somit den stärksten Effekt auf die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen. Dieser Effekt ist insofern robust, als dass er bestehen bleibt, wenn die Parteiidentifikation selbst nicht Teil der Operationalisierung korrekter Wahlentscheidung ist. Zwar verringert sich die Effektstärke, der Effekt selbst bleibt aber hoch signifikant. Auf die Interpretation der übrigen Effekte wird verzichtet, da sie kein allgemeines Niveau der statistischen Signifikanz erreichen.

Insgesamt stellen diese Ergebnisse eine klare Bestätigung der Hypothesen 2 und 3 dar. Für Hypothese 1 konnte allerdings keine eindeutige empirische Evidenz gefunden werden. Dies kann unter anderem damit begründet werden, dass das Interesse am Ausgang der Wahl und das objektive politische Wissen sowie die Stärke der Parteiidentifikation ähnliche Mechanismen abbilden und somit bei einer gemeinsamen Berücksichtigung im Gesamtmodell ein Effekt durch die Kontrolle der anderen Variablen notwendigerweise abgeschwächt wird. Dafür spricht, dass das Interesse am Wahlausgang durchaus einen signifikanten Effekt aufwies, der konsistent mit Hypothese 1 ist, sofern für die übrigen beiden Faktoren nicht kontrolliert wird. Dementsprechend kann Hypothese 1 auch nicht als klar widerlegt angesehen werden.

Zusammenfassend lässt sich, trotz der in dieser Arbeit noch nicht robust bestätigten Hypothesen bezüglich der Wirkung der Wichtigkeit des Wahlausgangs, die Validität der vorgeschlagenen Konzeptualisierung korrekter Wahlentscheidungen für den deutschen Kontext zumindest vorläufig bestätigen. Die statistischen Analysen ergeben, dass zwei der drei untersuchten Einflussfaktoren die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen mit der theoretisch erwarteten Ausrichtung signifikant beeinflussen. Diese Ergebnisse sind konsistent mit den vorgestellten Studien für andere Kontexte (bspw. Lau et al. 2008a). Zwar konnte bei dem dritten Einflussfaktor kein entsprechender Zusammenhang im Gesamtmodell festgestellt werden, allerdings war der Zusammenhang ohne Berücksichtigung der politischen Expertise und der Parteiidentifikation signifikant und entsprach der vermuteten Richtung.

---

## 6 Fazit

In dieser Arbeit sollte die von Lau und Redlawsk vorgeschlagene Konzeptualisierung korrekter Wahlentscheidungen diskutiert und auf den deutschen Kontext übertragen werden. Nachdem zunächst in einem ersten Literaturüberblick die theoretischen Hintergründe aufgezeigt wurden, wurde die ursprüngliche Operationalisierung im Detail vorgestellt. Darüber hinaus wurden auf Basis des theoretischen Konzepts Determinanten abgeleitet, die als Kriterien der Konstruktvalidität herangezogen werden konnten. Anschließend wurden die Anpassungen und Veränderungen der Konzeptualisierung für den deutschen Kontext vorgestellt. Schließlich wurde die vorgeschlagene Methode anhand von Daten zur Bundestagswahl 2009 empirisch getestet.

Dabei konnte, trotz der Tatsache, dass nicht alle Hypothesen bestätigt werden konnten, die Validität der Operationalisierung aufgezeigt werden. Sowohl die Stärke der Parteiidentifikation, als auch die Wichtigkeit des Wahlausgangs weisen die vorhergesagten positiven Effekte auf die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen auf. Lediglich die Effekte des politischen Interesses erreichten kein signifikantes Niveau und hatten zudem teilweise eine entgegengesetzte Ausrichtung. Der Grund dafür könnte allerdings in der indirekten Messung des eigentlich interessierenden Faktors „politisches Wissen“ liegen. Das Kon-

zept korrekter Wahlentscheidungen stellt somit insgesamt ein sinnvolles Werkzeug zur Untersuchung der Effekte des Informationsniveaus und der Informationsverarbeitung von Wählern dar. Trotz der hohen normativen Relevanz der Thematik, sowie des großen Potenzials des Konzepts korrekter Wahlentscheidungen, wurden allerdings bisher nur relativ wenige Studien durchgeführt, die diese Vorgehensweise auf unterschiedliche Kontexte anwenden und entsprechend verbessern. Dementsprechend sind noch viele weiterführende Analysen denkbar.

Beispielsweise können in weiteren Studien die bereits oben erwähnten Einflüsse unterschiedlicher Informationsquellen auf die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen untersucht werden. Zwar liegen wie oben beschrieben Studien vor, die etwa den Einfluss sozialer Netzwerke und der Mediennutzung für den amerikanischen Kontext untersuchen. Eine solche Untersuchung für den deutschen Kontext ist bisher allerdings noch nicht vorhanden. Zudem wurde der Einfluss von Wahlkampf- und Parteikontakten bisher in keiner Studie systematisch untersucht. Für den deutschen Kontext ist gegebenenfalls auch eine ausführlichere Untersuchung der beobachteten Niveauunterschiede korrekter Wahlentscheidungen in Ost- und Westdeutschland erforderlich. Auch die von Lau und Redlawsk durchgeführten Experimente zur Rolle verschiedener Entscheidungsstrategien und Heuristiken können in anderen politischen Kontexten repliziert werden. Doch nicht nur in dieser Hinsicht ist weitere Forschung denkbar. In international vergleichenden Studien besteht häufig das Problem, dass nicht genügend deckungsgleiche Items in den verschiedenen Wahlstudien vorhanden sind. Insbesondere im Rahmen von europaweiten Studien sind hier jedoch noch weitere Analysen möglich, die auf einer umfassenderen Operationalisierung korrekter Wahlentscheidungen basieren.

Darüber hinaus stellen sich weitere Fragen zur Konzeptualisierung korrekter Wahlentscheidungen. So wird der Anteil korrekter Wahlentscheidungen in international vergleichenden Studien insbesondere als Indikator für die Institutionenqualität angesehen. Dabei wird die Frage aufgeworfen, wie beispielsweise Nichtwähler in die Operationalisierung integriert werden können. Lau et al (2008b) lieferten in dieser Hinsicht einen ersten Ansatz, der weiterverfolgt werden kann. Auch eine allgemeine Modellierung strategischer Erwägungen in der Konzeptualisierung korrekter Wahlentscheidungen ist wünschenswert. Wie in der Beschreibung der Operationalisierung bereits erwähnt, bestand bei den bisher veröffentlichten Studien das Problem, dass die Parteiidentifikation (beziehungsweise deren Stärke) sowohl ein entscheidender Bestandteil der Operationalisierung der abhängigen Variable, als auch eine der wichtigsten Determinanten darstellte. In diesem Arbeitspapier wurde diesem Problem dahingehend begegnet, dass für die Bildung der abhängigen Variable lediglich die Parteiidentifikation an sich berücksichtigt wurde und deren Stärke als Determinante geprüft wurde. Es sollte jedoch darüber nachgedacht werden, ob diese Trennung in zukünftigen Studien nicht noch klarer vollzogen werden sollte, indem die Parteiidentifikation nur auf einer Seite der Gleichung bestehen bleibt. So hat sich beispielsweise gezeigt, dass die beschriebenen Zusammenhänge bestehen bleiben, wenn die Parteiidentifikation nicht Teil der abhängigen Variable ist. Zudem lässt sich die Frage aufwerfen, inwieweit der starke Effekt der Parteiidentifikation tatsächlich die Wirkung einer Parteiheuristik widerspiegelt. So lässt sich argumentieren, dass die Stärke der Parteiidentifikation nicht nur dazu beiträgt, die Partei zu ermitteln, die am ehesten den eigenen Interessen entspricht. Vielmehr ist davon auszugehen, dass eine starke Parteiidentifikation auch die individuellen Interessen an sich beeinflusst und insgesamt zu einer höheren Kohärenz mit den Parteipositionen führt. Die Stärke der Parteiidentifikation spiegelt somit in gewisser Weise möglicherweise einen gegensätzlichen Mechanismus wider. Respondenten, die sich sehr stark mit einer Partei identifizieren, geben ihre Stimme mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für diese Partei ab. Gleichzeitig lässt sich argumentieren, dass sie beispielsweise die Charaktereigenschaften der Spitzenkandidaten positiver bewerten. Der starke Einfluss der Parteiidentifikation auf die Wahrscheinlichkeit korrekter Wahlentscheidungen lässt sich zumindest teilweise auf vergleichbare Prozesse zurückführen. Insgesamt scheint es daher eventuell ratsam, statt der Stärke der Parteiidentifikation andere Items zur Messung der Nutzung von Heuristiken heranzuziehen.



Für das Ausmaß korrekter Wahlentscheidungen in Deutschland stellt sich abschließend die Frage, welches Niveau als akzeptabel angesehen werden kann. Genügt es, wenn 80 Prozent der Wähler die Partei wählen, die ihren Interessen entspricht? Oder besteht damit, um den Bogen zurück zu der Aussage von Madison zu spannen, eine Gefahr für die Funktion des demokratischen Prozesses? Endgültig kann diese Frage hier nicht beantwortet werden. Natürlich wäre ein höherer Anteil korrekter Wahlentscheidungen wünschenswert. Dass jedoch die Verschiebungen der Stimmenverteilung bei einer „korrekten“ Wahl relativ gering ausfallen, deutet darauf hin, dass die Folgen des Informationsdefizits in der Gesellschaft nicht so dramatisch sind, wie sie sein könnten. Nichtsdestotrotz ist eine weitere Beschäftigung mit diesem Themenbereich notwendig, auch um Wege zu finden, damit Wähler trotz ihrer begrenzten Ressourcen in der Lage sind, ihre Interessen im politischen System zu vertreten. Die von Lau und Redlawsk vorgeschlagene Konzeptualisierung stellt dabei einen geeigneten Ansatz dar, der weiterverfolgt werden sollte.

## 7 Literaturverzeichnis

- Althaus, Scott L. 1998. „Information Effects in Collective Preferences.“ *American Political Science Review* 92(3): 545-558.
- Alvarez, Michael R. 1997. *Information and Elections*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Bartels, Larry M. 1996. „Uninformed Votes: Information Effects in Presidential Elections.“ *American Journal of Political Science* 40(1): 194-230.
- Baum, Matthew A. / Angela S. Jamison. 2006. „The Oprah Effect: How Soft News Helps Inattentive Citizens Vote Consistently.“ *Journal of Politics* 68(4): 946-959.
- Bhatti, Yosef. 2010. „What would happen if we were better informed? Simulating increased knowledge in European Parliament (EP) Elections.“ *Representation* 46(4): 391-410.
- Blais, André / John H. Aldrich / Indridi H. Indridason / Renan Levine. 2006. „Do Voters vote for Government Coalitions?“ *Party Politics* 12(6): 691-705.
- Boudreau, Cheryl. 2009. „Closing the Gap: When Do Cues Eliminate Differences between Sophisticated and Unsophisticated Citizens?“ *Journal of Politics* 71(3): 964-976.
- Byztek, Evelyn / Sascha Huber. 2011. „Koalitionen und strategisches Wählen.“ In: Hans Rattinger / Sigrid Roßteutscher / Rüdiger Schmitt-Beck / Bernhard Weßels (Hg.). *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*. Baden-Baden: Nomos: 247-263.
- Campbell, Angus / Philip E. Converse / Warren E. Miller / Donald E. Stokes. 1960. *The American Voter*. New York, London: John Wiley & Sons, Inc.
- Cox, Gary W. 1997. *Making Votes Count. Strategic Coordination in the World's Electoral Systems*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Cutler, Fred. 2002. „The Simplest Shortcut of All: Sociodemographic Characteristics and Electoral Choice.“ *Journal of Politics* 64(2): 466-490.
- Dahl, Robert A. 1989. *Democracy and its Critics*. New Haven, London: Yale University.
- Delli Carpini, Michael X. / Scott Keeter. 1993. „Measuring Political Knowledge: Putting First Things First.“ *American Journal of Political Science* 37(4): 1179-1206.
- Delli Carpini, Michael X. / Scott Keeter. 1996. *What Americans Know about Politics and Why It Matters*. New Haven, London: Yale University Press.
- Downs, Anthony. 1957. „An Economic Theory of Political Action in a Democracy.“ *Journal of Political Economy* 65(2): 135-150.
- Downs, Anthony. 1965. *An Economic Theory of Democracy*. Boston: Addison Wesley.
- Fiorina, Morris P. 1981. *Retrospective Voting in American National Elections*. New Haven, London: Yale University Press.
- Fischer, Gregory W. / Eric J. Johnson. 1986 „Behavioral Decision Theory and Political Decision Making.“ In: Richard R. Lau / David O. Sears (Hg.). *Political Cognition. The 19th Annual Carnegie Symposium on Cognition*. Hillsdale, London: Lawrence Erlbaum Associates: 55-66.
- Fox, John. 2008. *Applied Regression Analysis and Generalized Linear Models*. 2<sup>nd</sup> Edition. Thousand Oaks: Sage Publications.

- Gschwend, Thomas. 2004a. „Comparative Politics of Strategic Voting.“ Working Paper Sonderforschungsbereich 504: Rationalitätskonzepte, Entscheidungsverhalten und ökonomische Modellierung. Universität Mannheim.
- Gschwend, Thomas. 2004b. *Strategic Voting in Mixed Electoral Systems*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Hansen, Kasper M. 2009. „Changing Patterns in the Impact of Information on Party Choice in a Multiparty System.“ *International Journal of Public Opinion Research* 21(4): 525-546.
- Herrmann, Michael. 2008. „Expectations about Coalitions and Strategic Voting under Proportional Representation.“ Working Paper Sonderforschungsbereich 504: Rationalitätskonzepte, Entscheidungsverhalten und ökonomische Modellierung, Universität Mannheim.
- Hines, Eric. 2006. „Voting Correctly in the 1999 European Parliament Election.“ Paper presented at the 2006 Annual Conference of the Southern Political Science Association, Atlanta, Georgia.
- Hines, Eric. 2007. „Voting Correctly in the United Kingdom and Netherlands.“ Paper presented at the 2007 Annual Conference of the Western Political Science Association, Las Vegas, Nevada.
- Hines, Eric. 2010. *Voting Correctly in Europe. The Effect of Institutions on the Accuracy of Low-information Voters*. Saarbrücken: Lap Lambert Academic Publishing.
- Jessee, Stephen A. 2009. „Spatial Voting in the 2004 Presidential Election.“ *American Political Science Review* 103(1):59-81.
- Johnston, Richard / Patrick Fournier / Richard Jenkins. 2000. „Party Location and Party Support: Unpacking Competing Models.“ *Journal of Politics* 62(4): 1145-1160.
- Kahnemann, Daniel / Paul Slovic / Amos Tversky (Hg.). 1982. *Judgment Under Uncertainty: Heuristics and Biases*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Kellermann, Charlotte / Hans Rattinger. 2007. „Wahrnehmung der Wirtschaftslage und Wahlverhalten.“ In: Hans Rattinger / Oscar W. Gabriel / Jürgen W. Falter (Hg.). *Der gesamtdeutsche Wähler: Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden: Nomos: 329-356.
- Lau, Richard R. / David J. Andersen / David P. Redlawsk. 2008a. „An Exploration of Correct Voting in Recent U.S. Presidential Elections.“ *American Journal of Political Science* 52(2): 395-411.
- Lau, Richard R. / David P. Redlawsk. 1997. „Voting Correctly.“ *American Political Science Review* 91(3): 585-598.
- Lau, Richard R. / David P. Redlawsk. 2001. „Advantages and Disadvantages of Cognitive Heuristics in Political Decision Making.“ *American Journal of Political Science* 45(4): 951-971.
- Lau, Richard R. / David P. Redlawsk. 2006. *How voters decide. Information Processing during Election Campaigns*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Lau, Richard R. / David P. Redlawsk. 2008. „Older but Wiser? Effects of Age on Political Cognition.“ *Journal of Politics* 70(1): 168-185.
- Lau, Richard R. / Parina Patel / Dalia F. Fahmy / Robert R. Kaufman. 2005. „Correct Voting Across 30 Democracies (and 40 Elections).“ Paper presented at the 2005 annual meeting of the Midwest Political Science Association.
- Lau, Richard R. / Parina Patel / Dalia F. Fahmy / Robert R. Kaufman. 2008b. „Correct Voting Across 32 Democracies (and 51 Elections).“ Paper delivered at the 2008 annual meeting of the Midwest Political Science Association, April 3-6, Palmer House Hilton, Chicago.

- Lewis, Jeffrey B. / Gary King. 1999. „No Evidence on Directional vs. Proximity Voting.“ *Political Analysis* 8(1): 21-33.
- Lupia, Arthur / Mathew D. McCubbins. 1998. *The Democratic Dilemma. Can Citizens Learn What They Need To Know?* Cambridge: Cambridge University Press.
- Lupia, Arthur. 1994. „Shortcuts Versus Encyclopedias: Information and Voting Behavior in California Insurance Reform Elections.“ *American Political Science Review* 88(1): 63-76.
- Luskin, Robert C. 2002. „From Denial to Extenuation (and Finally Beyond): Political Sophistication and Citizen Performance.“ In: James H. Kuklinsky (Hg.). *Thinking about Political Psychology*. Cambridge: Cambridge University Press: 281-305.
- Macdonald, Stuart Elaine / George Rabinowitz / Ola Listhaug. 1995. „Political Sophistication and Models of Issue Voting.“ *British Journal of Political Science* 25: 453-483.
- Madison James. 1822 [1910]. „To W.T. Barry, Aug 4, 1822.“ In: Gillard Hunt (Hg.) *The Writings of James Madison*. New York, London: G.P. Putnam's Sons: 103-109.
- Miller, Melissa K. / Shannon K. Orr. 2008. „Experimenting with a 'Third Way' in Political Knowledge Estimation.“ *Public Opinion Quarterly* 72(4): 768-780.
- Mondak, Jeffery J. 1999. „Reconsidering the Measurement of Political Knowledge.“ *Political Analysis* 8(1): 57-82.
- Mondak, Jeffery J. 2001. „Developing Valid Knowledge Scales.“ *American Journal of Political Science* 45(1): 224-238.
- Mondak, Jeffery J. / Belinda Creel Davis. 2001. „Asked and Answered: Knowledge Levels When We Will Not Take 'Don't Know' for an Answer.“ *Political Behavior* 23(3): 199-224.
- Patel, Parina. 2011. „The effects of institutions on correct voting.“ Dissertation submitted to the Graduate School–New Brunswick Rutgers, The State University of New Jersey, Online-Zugriff: <http://hdl.rutgers.edu/1782.1/rucore10001600001.ETD.000057656>
- Quattrone, George A. / Amos Tversky. 1988. „Contrasting Rational and Psychological Analyses of Political Choice.“ *American Political Science Review* 82(3): 719-736.
- Rabinowitz, George / Stuart Elaine Macdonald. 1989. „A Directional Theory of Issue Voting.“ *American Political Science Review* 83(1): 93-121.
- Richey, Sean. 2008. „The Social Basis of Voting Correctly.“ *Political Communication* 25: 366-376.
- Shikano, Susumu / Michael Herrmann / Paul W. Thurner. 2009. „Strategic Voting under Proportional Representation: Threshold Insurance in German Elections.“ *West European Politics* 32(3): 634-656.
- Singh, Shane P. 2010. „Contextual influences on the decision calculus: A cross-national examination of proximity voting.“ *Electoral Studies* 29: 425-434.
- Sokhey, Anand Edward / Scott D. McClurg. 2012. „Social Networks and Correct Voting.“ *The Journal of Politics* 74: 751-764.
- Tóka, Gábor. 2003. „Can Voters be Equal? A Cross-National Analysis. Part 1.“ *Review of Sociology* 9(2): 51-72.
- Tóka, Gábor. 2004. „Can Voters be Equal? A Cross-National Analysis. Part 2.“ *Review of Sociology* 10(1): 47-65.
- Tversky, Amos / Daniel Kahnemann. 1974. *Judgement under Uncertainty: Heuristics and Biases.* Science 185: 1124-1131.

Westholm, Anders. 1997. „Distance versus Direction: The Illusory Defeat of the Proximity Theory of Electoral Choice.“ *American Political Science Review* 91(4): 865-883.